

Integration im Landkreis Dachau

– Schlüsselfaktoren Bildung und Arbeit –

Zahlen, Fakten und Einschätzungen zur Integration von Neuzugewanderten
in Bildung, Ausbildung und Arbeit im Landkreis Dachau



Impressum

Herausgeber Landratsamt Dachau
Weiherweg 16
85221 Dachau

Ansprechpartnerinnen Jasmin Lipp
(V.i.S.d.P.) *Bildungskoordination für Neuzugewanderte*
Tel.: 08131/74412
bildung@lra-dah.bayern.de



Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

Aferdita Pfeifer
Integrationsbeauftragte
Interkommunale Vernetzungsplattform
für die Integration von Migranten
Tel.: 08131/741853
integration@lra-dah.bayern.de



Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

Bildnachweis Titelmotiv: peopleImages via istockphotos

Stand 10/2018

INHALT

Vorwort 4

Einleitung 4

Begriffserklärungen 6

Zuwanderung im Landkreis Dachau 8

Frühkindliche Betreuung und Bildung 10

 Anzahl der betreuten Kinder im Landkreis 10

 Betreuungsquote 11

 Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung 12

Schuleingangsuntersuchung 14

Schulische Bildung 14

 Schulanfänger mit Migrationshintergrund 15

 Anzahl der ausländischen Schüler an allgemeinbildenden Schulen 15

 Sprachförderangebote an den Schulen im Landkreis 15

 Übergänge nach der Jahrgangsstufe 4 17

 Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen 18

 Außerschulische Betreuung und Unterstützung 19

 Flüchtlings- und Asylbewerberklassen an der Staatlichen Berufsschule Dachau 19

Berufliche Ausbildung 22

 Ausbildungsneuverträge 22

 Ausbildungsabbrüche 22

 Fördermaßnahmen vor und während einer Ausbildung 23

Arbeit und Wirtschaft 24

 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 25

 Arbeitslose 25

 Arbeitssuchende 27

 Gezielte Integration in den Arbeitsmarkt und berufliche Weiterbildung 27

Sprachförderung von Erwachsenen – Sprachkurse 29

 Übersicht über (geförderte) Sprachkursangebote im Landkreis Dachau 30

 Erstorientierungskurs 31

 Kurse „Alpha+ Besser lesen und schreiben“ & „Alpha Asyl“ 31

 Integrationskurs 31

 Berufsbezogene Deutschsprachförderung 32

 Netzwerkarbeit im Bereich Sprachkurse 33

Erwachsenenbildung 34

 Elternbildung als spezielle Form der allgemeinen Erwachsenenbildung 34

Ehrenamtliche Unterstützungs- und Bildungsangebote 36

 Ehrenamtliches Engagement von zugewanderten Menschen 36

 Handlungsfelder und Aktivitäten der Helferkreise 36

Zusammenfassung 40

 Zuwanderung 40

 Frühkindliche Betreuung und Bildung 40

 Schulische Bildung 41

 Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen an der Staatlichen Berufsschule Dachau 42

 Berufliche Ausbildung 42

 Arbeit und Wirtschaft 43

 Sprachförderung von Erwachsenen - Deutschkurse 44

 Erwachsenenbildung 45

 Ehrenamtliche Unterstützungs- und Bildungsangebote 46

Weitere Vorgehensweise 47

Quellenverzeichnis 50

VORWORT

Im Landkreis Dachau leben aktuell 26.391 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, noch viel mehr Menschen haben Migrationshintergrund.

In den Jahren 2015/2016 erlebte Deutschland und somit auch der Landkreis Dachau eine verstärkte fluchtbedingte Zuwanderung. Hierbei galt es zunächst, die erforderliche Infrastruktur für die Unterbringung und Versorgung der Personen zu schaffen. Die damit verbundenen Herausforderungen konnten, nicht zuletzt aufgrund des großen Engagements der Haupt- als auch einer Vielzahl von Ehrenamtlichen, gemeistert werden. Nach der Erstversorgung der Personen liegt der Fokus nun auf der Integration in das hiesige Bildungssystem und den regionalen Arbeitsmarkt.

Neben der fluchtbedingten Einwanderung ist in den letzten Jahren auch ein erhöhter Zuzug aus dem europäischen Ausland in den Landkreis zu verzeichnen. Auch diese Personen müssen wir bei der Integration berücksichtigen.

Um Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen, wurde die Förderrichtlinie „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ geschaffen. Im Rahmen des Projektes ist der vorliegende Bericht entstanden, der Erste in dieser Art für den Landkreis Dachau. Er hat zum Ziel – in Bezug auf die

Themen Bildung, Ausbildung und Arbeit – die aktuelle sowie die Situation der vergangenen Jahre im Landkreis anhand der verfügbaren Daten zu analysieren sowie Herausforderungen und mögliche Handlungsempfehlungen aufzuzeigen.

Die Handlungsempfehlungen sollen als Impulse für die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft für Neuzugewanderte dienen. Dabei ist die Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure gefragt. Lassen Sie uns Schritt für Schritt gemeinsam daran arbeiten.



Stefan Löwl, Landrat

EINLEITUNG

Angesichts der hohen Zuwanderungszahlen in den Jahren 2015 und 2016 und der Schlüsselfunktion von Bildung für die Integration in die Gesellschaft, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Januar 2016 eine Förderrichtlinie zur kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte geschaffen. Aufgaben und Ziele der kommunalen Koordinatoren sind:

- Transparenz über die Bildungsangebote für Neuzugewanderte schaffen
- Relevante Bildungsakteure in der Kommune identifizieren und einbinden
- Vernetzungs- und Koordinierungsstrukturen aufbauen
- Datenbasiert arbeiten

Dies soll dazu führen, dass die Zugänge von Neuzugewanderten zum Bildungssystem erleichtert und die Bildungsangebote aufeinander abgestimmt und gesteuert werden.

Im November 2016 begann die erste Projektlaufzeit im Landkreis, die bis November 2018 andauert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung bietet den teilnehmenden Kommunen die Möglichkeit,

das Projekt um zwei weitere Jahre zu verlängern, ein entsprechender Antrag wurde gestellt und bewilligt.

Als ein Produkt des datenbasierten Arbeitens ist zum Ende der 1. Förderphase der vorliegende Bericht entstanden, der sich in Bezug auf die Integration im Landkreis Dachau den Schlüsselfaktoren Bildung und Arbeit widmet. Der Fokus liegt dabei auf neuzugewanderten Menschen, je nach Datenlage stellen ausländische Personen und Personen mit Migrationshintergrund die Bezugsgrundlage dar.

Dieser Bericht soll

- Transparenz schaffen über die vorhandenen Bildungsangebote und die aktuelle Situation der Bildungslandschaft für neuzugewanderte bzw. ausländische Personen
- für bestimmte Handlungsfelder und -bereiche sensibilisieren
- Herausforderungen und Handlungsempfehlungen aus Sicht der Verfasserinnen nennen
- Perspektiven für das zukünftige Bildungsmanagement und -monitoring¹ aufzeigen und eine Grundlage für zukünftige Bildungsberichterstattungen darstellen

Dazu wurde das Vorhaben in der Lenkungsgruppe, ein Gremium aus relevanten verwaltungsinternen und -externen Akteuren, vorgestellt und diskutiert. Vorhandene Daten aus verschiedenen Fachbereichen und Stellen wurden durch die Bildungskoordination für Neuzugewanderte und die Integrationsbeauftragte zusammengetragen und ausgewertet sowie durch Hintergrundinformationen und Erläuterungen ergänzt. Dabei wurde der Abschnitt zur Berufsausbildung in enger Zusammenarbeit mit sowie der Abschnitt zu Arbeit und Wirtschaft durch die Integrationsbeauftragte erstellt, die zugleich die Leitung des Projektes „Interkommunale Vernetzungsplattform für Migranten“ mit Schwerpunkt Arbeitsmarkintegration ist. Bei der Erstellung des Berichts wurde stets Rücksprache mit den jeweiligen Fachstellen gehalten. Den beteiligten Fachstellen und Einrichtungen sei an dieser Stelle für das zur Verfügung Stellen von Daten und für die Zusammenarbeit herzlich gedankt. Dies waren insbesondere:

Agentur für Arbeit, Amt für Jugend und Familie, Asylangelegenheiten, Ausländerwesen, bfz GmbH München, Gesundheitsamt, Handwerkskammer für München und Oberbayern, Helferkreise, Jobcenter Dachau, Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Staatliche Berufsschule Dachau, Staatliches Schulamt.

Folgende Symbole wurden im vorliegenden Bericht zur Veranschaulichung verwendet:



In diesem Bereich liegt aus Sicht der Verfasserinnen eine Herausforderung bzw. ein Bedarf vor. Abgeleitet wird dieser aus den vorhandenen Daten, aber auch aus den qualitativen Rückmeldungen und Einschätzungen der Akteure aus dem jeweiligen Bereich.



Hierbei handelt es sich aus Sicht der Verfasserinnen um eine Handlungsempfehlung bzw. um einen möglichen Ansatz, um einer Herausforderung zu begegnen.



Dieser Bereich sollte durch die Verfasserinnen oder das zukünftige Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring genauer analysiert werden bzw. hier sind aus Sicht der Verfasserinnen Datenerhebungen zu empfehlen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Bericht auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

¹ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt durch die Förderrichtlinie „Bildung integriert“ bundesweit Kommunen beim Aufbau eines datenbasierten Bildungsmanagements und Bildungsmonitorings. Ziel ist, Bildungsakteure in den Kommunen zu vernetzen und verteilte Zuständigkeiten zu bündeln, um Managementstrukturen für ein ganzheitliches Bildungswesen zu etablieren. Mit der Antragsstellung greift der Landkreis den auf der Bildungskonferenz vom 12.11.2016 geäußerten Wunsch nach mehr Vernetzung auf. Das Projekt soll im 1. Quartal 2019 starten und setzt an den Ergebnissen der Bildungskonferenz an.

BEGRIFFSERKLÄRUNGEN

Asylbewerber

Ein Asylbewerber ist eine Person, die in Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt hat und deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen wurde.

Aufenthaltsgestattung

Eine Aufenthaltsgestattung wird Asylbewerbern im laufenden Asylverfahren erteilt. Es ist gleichzeitig ein Dokument und das Recht, bis zum Abschluss des Asylverfahrens in Deutschland zu leben.

Ausländer

Als Ausländer werden in Deutschland alle Personen verstanden, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu ihnen gehören auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die zugleich die deutsche und eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht als Ausländer.

Duldung

Unter Duldung versteht man die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung gem. § 60a AufenthG. Eine Duldung wird beispielsweise erteilt, wenn die Abschiebung aus rechtlichen Gründen (z. B. das Recht zur Wahrung des Ehe- und Familienlebens) oder tatsächlichen Gründen (z. B. fehlende Reisedokumente) nicht möglich ist und der Ausländer keine Aufenthaltserlaubnis erhält. Geduldete Ausländer sind ausreisepflichtig.

Ausbildungsduldung (3+2 Regelung)

Eine sog. Ausbildungsduldung bekommt eine ausreisepflichtige Person (also erst nach rechtskräftigem negativen Abschluss des Asylverfahrens) dann, wenn sie im laufenden Asylverfahren eine qualifizierte Berufsausbildung begonnen hat und diese nach rechtskräftigem Abschluss des Asylverfahrens weiterführen und abschließen möchte. Die Ausbildungsduldung wird für die komplette Dauer der Ausbildung (in der Regel beträgt die Ausbildungsdauer 3 Jahre) erteilt. Nach erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung hat die Person die Möglichkeit, für eine der erworbenen beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung eine Aufenthaltserlaubnis gem. § 18a Abs. 1a AufenthG für die Dauer von 2 Jahren zu beantragen.

Migrationshintergrund

Gemäß des Statistischen Bundesamtes und des Mikrozensus von 2017 hat „eine Person (...) einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt“.

Migrant

Ein Migrant ist eine Person, die eine Wanderungsbewegung aus ihrem Heimatland in ein anderes Land vollzogen hat, um dort zu leben.

Neuzugewanderter

Für den Begriff Neuzugewanderter gibt es vom Bundesministerium für Bildung und Forschung keine vorgegebene Definition. Er wurde für das Projekt *Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte* wie folgt definiert: Als Neuzugewanderte werden Person aufgefasst, die innerhalb der letzten 6 Jahre aus dem Ausland zugewandert oder geflüchtet sind und derzeit im Landkreis Dachau leben. Darüber hinaus zählen auch diejenigen Personen dazu, die bereits länger in Deutschland leben, aber einen einem Neuzugewanderten ähnlichen Integrationsbedarf aufweisen.

Es werden durch die Bildungskoordination für Neuzugewanderte somit auch Migranten in den Blick genommen, die bereits seit längerem im Landkreis Dachau bzw. in Deutschland leben.

Schutzformen

Asylberechtigung

Asylberechtigte sind politisch Verfolgte, die im Falle der Rückkehr in ihr Herkunftsland einer schwerwiegenden Menschenrechtsverletzung ausgesetzt sein werden – ohne eine Fluchtalternative innerhalb des Herkunftslandes oder anderweitigen Schutz vor Verfolgung zu haben.

Flüchtling / Flüchtlingsschutz

Der Begriff Flüchtling wird im alltäglichen Sprachgebrauch häufig als Synonym für Geflüchtete verwendet. Er beschreibt jedoch im Verständnis des Asylrechts nur die Personengruppe der anerkannten Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Diesen Flüchtlingsschutz erhält eine Person, wenn ihr Leben oder ihre Freiheit in ihrem Herkunftsland wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung bedroht ist.

Subsidiärer Schutz

Subsidiären Schutz erhalten Personen, bei denen weder der Flüchtlingsschutz noch die Asylberechtigung gewährt werden kann, denen im Herkunftsland aber ernsthafter Schaden droht. Dies kann zum Beispiel die Verhängung der Todesstrafe, Folter oder eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts sein.

Nationales Abschiebungsverbot

Wenn die drei Schutzformen – Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz – nicht greifen, kann bei Vorliegen bestimmter Gründe ein Abschiebungsverbot erteilt werden.

Ein schutzsuchender Mensch darf nicht rückgeführt werden, wenn

- die Rückführung in den Zielstaat eine Verletzung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellt oder
- dort eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

Sichere Herkunftsländer

Als sichere Herkunftsländer definiert das Gesetz Länder, von denen aufgrund der politischen Verhältnisse anzunehmen ist, dass den Staatsangehörigen keine staatliche Verfolgung oder ernsthafter Schaden droht. Ein Asylantrag von einer Person aus einem sicheren Herkunftsstaat wird als offensichtlich unbegründet abgelehnt, es sei denn die Person bringt in der persönlichen Anhörung Tatsachen oder Beweismittel vor, die belegen, dass ihr in ihrem Herkunftsstaat entgegen der Regelvermutung doch Verfolgung droht.

Zu den sicheren Herkunftsstaaten zählen die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie derzeit folgende Länder: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik, Montenegro, Senegal und Serbien (§29a AsylG sowie Anlage II; Art. 16a GG).

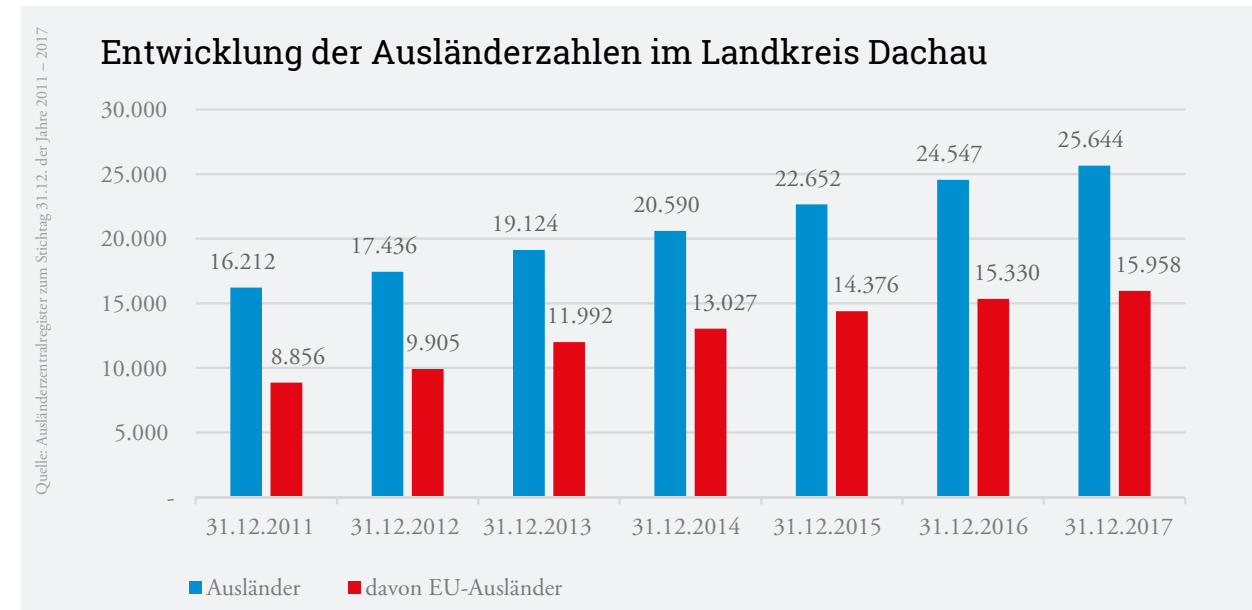
Länder mit guter Bleibeperspektive

Asylbewerber, die aus Herkunftsländern mit einer Schutzquote von über 50 Prozent kommen, haben eine gute Bleibeperspektive. Aktuell trifft dies auf die Herkunftsländer Eritrea, Irak, Iran, Syrien und Somalia zu. Welche Herkunftsländer das Kriterium Schutzquote ($\geq 50\%$) erfüllen, wird halbjährlich festgelegt.

ZUWANDERUNG IM LANDKREIS DACHAU

Entwicklung der Ausländerzahlen im Landkreis

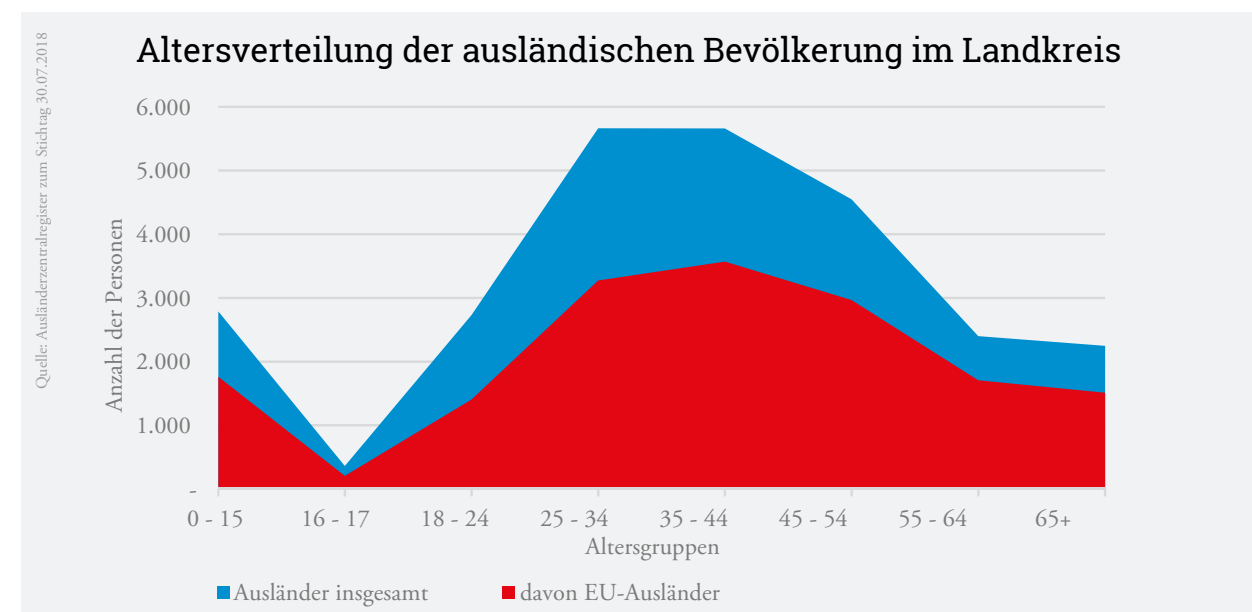
Zum Stichtag 30.06.2017 lebten im Landkreis Dachau 151.843 Personen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung beträgt zu diesem Zeitpunkt 16,5% und hat sich seit dem letzten Mikrozensus im Jahr 2011 um 6,3% erhöht (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2014). Dies ist auch auf die gestiegene Anzahl von Asylbewerbern, insbesondere jedoch auf die verstärkte Zuwanderung aus dem europäischen Ausland zurückzuführen.



Von den 26.391 Ausländern im Landkreis Dachau (Stichtag 30.07.2018)

- sind 55,5% männlich und 44,5% weiblich,
- stammen *insgesamt gesehen* die meisten Personen aus Griechenland (2.662), Polen (2.308), Rumänien (2.285), Türkei (2.138) und Kroatien (2.2027),
- stammen *bezogen auf die vergangenen sechs Jahre* die meisten Personen aus Rumänien (1.503), Kroatien (1.125), Polen (1.045), Ungarn (789) und Kosovo (707),
- kommen insgesamt knapp 2/3 aus EU-Mitgliedsstaaten (62,1%).

Die Altersverteilung der ausländischen Bevölkerung sieht folgendermaßen aus:



Asylbewerber

Im Landkreis Dachau leben zurzeit (Stichtag 02.10.2018) 508 Asylbewerber, davon

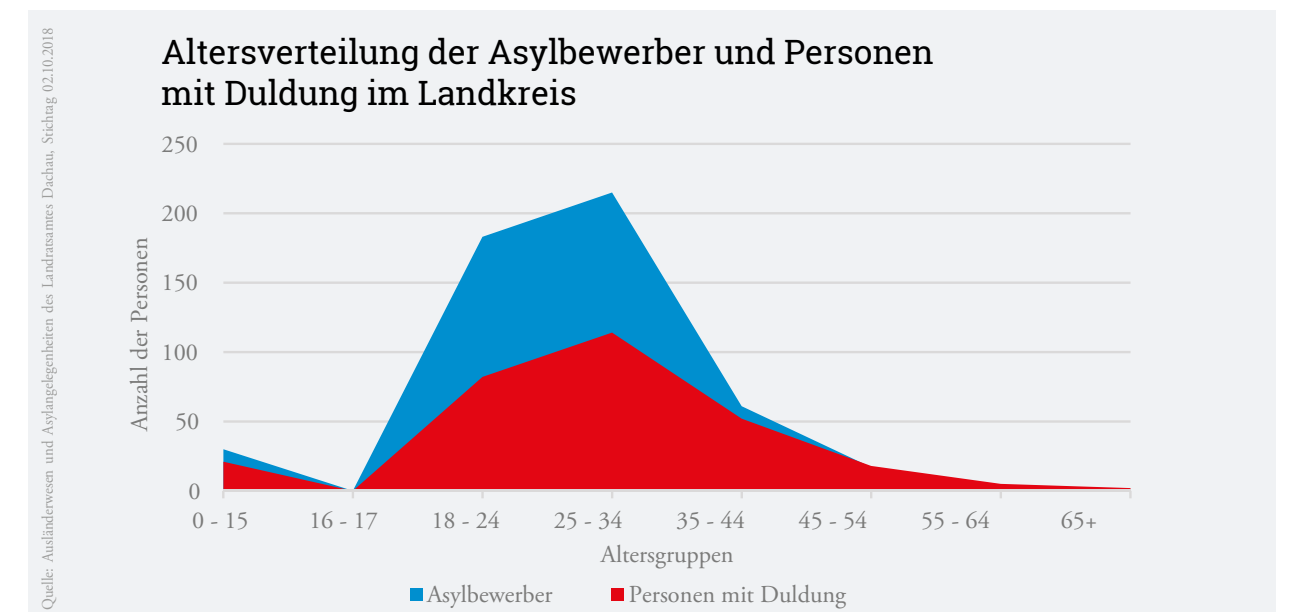
- sind 92% männlich und 8% weiblich,
- stammen die meisten Personen aus Nigeria (162), Afghanistan (145), Pakistan (51), Sierra Leone (33) und Mali (25),
- kommen 4 Personen aus sog. sicheren Herkunftsstaaten und 37 Personen aus Ländern mit hoher Bleibeperspektive.

294 Personen mit einer Duldung halten sich derzeit im Landkreis Dachau auf, davon sind 89% männlich und 11% weiblich.

360 „Fehlbeleger“ leben in den Asylunterkünften. Dies sind Personen, deren Asylantrag positiv beschieden wurde, die aber noch keine eigene Wohnung gefunden haben und somit noch in den Asylunterkünften wohnen.

Zudem sind 34 Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland gekommen sind, in den Unterkünften untergebracht.

Die Altersverteilung der Asylbewerber und der Personen mit Duldung stellt sich wie folgt dar:



FRÜHKINDLICHE BETREUUNG UND BILDUNG

Seit 1. August 2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege (§24 SGB VIII). Dies gilt auch für Migrantinnen- sowie Asylbewerberkinder nach Ankunft in einer Anschlussunterkunft (StMAS, 2015).

Wesentliche Elemente der frühkindlichen Betreuung sind der Kontakt zu anderen Kindern, altersgerechte Bildungsangebote und Sprachförderung. Diese kommen auch der Integration und der Sprachentwicklung von neuzugewanderten Kindern zugute.

Es gibt je nach Alter der Kinder unterschiedliche Formen von Tageseinrichtungen:

- Kinderkrippen für Kinder unter 3 Jahren
- Kindergärten für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zur Einschulung
- Horte überwiegend für Schulkinder
- Häuser für Kinder verschiedener Altersgruppen

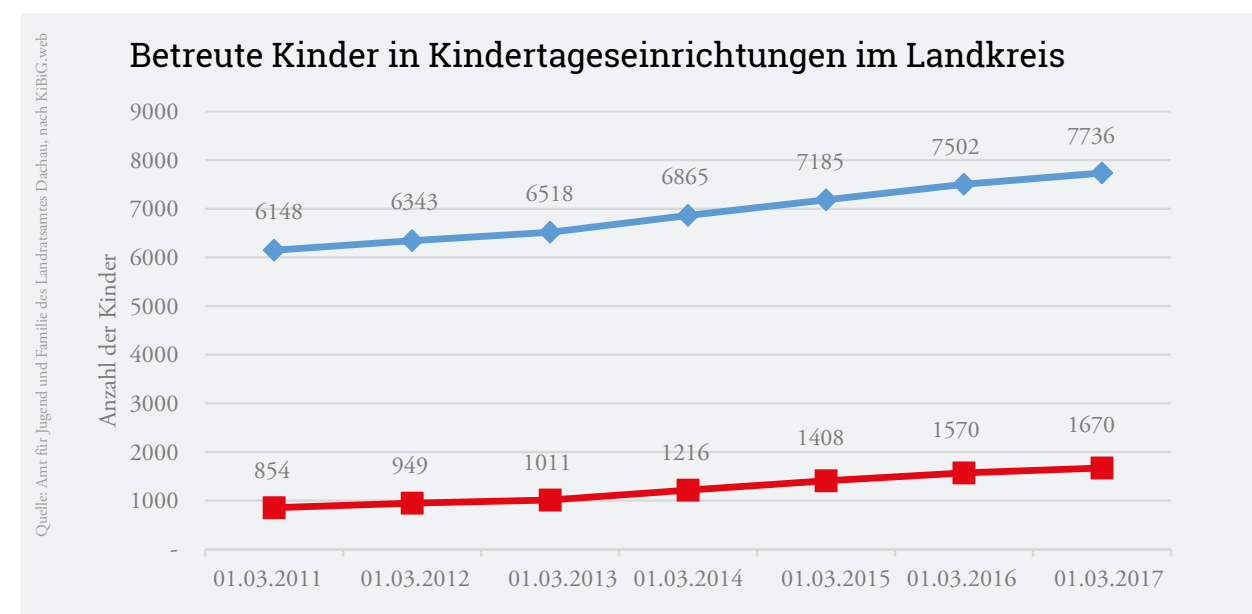
Definition des Migrationshintergrundes in Kindertageseinrichtungen:

In den Kindertageseinrichtungen wird der Migrationshintergrund eines Kindes dadurch definiert, wenn beide Elternteile nichtdeutschsprachiger Herkunft sind. Für den erhöhten Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsaufwand erhalten die Kindertageseinrichtungen eine höhere kindbezogene staatliche und kommunale Förderung (Art. 21 BayKiBiG).

Weitere Merkmale, z.B. der Aufenthaltsstatus, werden durch die Kindertageseinrichtungen in der Regel nicht erhoben, wodurch keine Aussage über die Anzahl von geflüchteten Kindern in diesen Einrichtungen gemacht werden kann.

Anzahl der betreuten Kinder im Landkreis

Die Erhebung des Merkmals „Migrationshintergrund“ macht es jedoch möglich, Aussagen über die Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen zu treffen. Die Anzahl dieser Kinder ist im Landkreis Dachau – wie auch die Anzahl der betreuten Kinder insgesamt – in den letzten Jahren angestiegen:



Dabei variiert der Anteil der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund an den betreuten Kindern insgesamt je nach Altersgruppe: Im Jahr 2017 betrug er 14% bei den 0 bis 3-Jährigen, 21% bei den 3- bis 6-Jährigen und 27% bei den Schulkindern.

Die gestiegene Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kinderbetreuungseinrichtungen führt einerseits dazu, dass mehr Kinder mit geringen oder keinen Deutschkenntnissen betreut werden, andererseits steigt auch die Anzahl der Eltern, die wenig bis kein Deutsch sprechen. Die Sprachbarriere kann die Zusammenarbeit mit den Eltern, die im bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz festgehalten ist, erschweren. Die pädagogischen Fachkräfte benötigen hierbei Unterstützung, insbesondere durch Dolmetscher, um die Eltern beispielsweise über die Lern- und Entwicklungsprozesse des Kindes zu informieren. Professionelle Dolmetscherdienste sind teuer und umständlich, wodurch oft andere Eltern aus der Einrichtung oder Bekannte der Familien aus demselben Kulturkreis hinzugezogen werden. Dies stellt jedoch angesichts vertraulicher Inhalte nicht immer eine gute Lösung dar, zudem können nicht alle Sprachen abgedeckt werden. Abhilfe würde hier der Aufbau eines (kostengünstigen) landkreisweiten Dolmetscher-Pools schaffen, auf den neben Kindertageseinrichtungen auch andere Einrichtungen zurückgreifen könnten. Der Ausbau bzw. die Unterstützung von bestehenden ehrenamtlichen Angeboten, wie den Kulturdolmetschern (siehe dazu auch S. 36), wäre eine andere Möglichkeit. Es besteht insbesondere Bedarf an osteuropäischen Sprachen.

Betreuungsquote

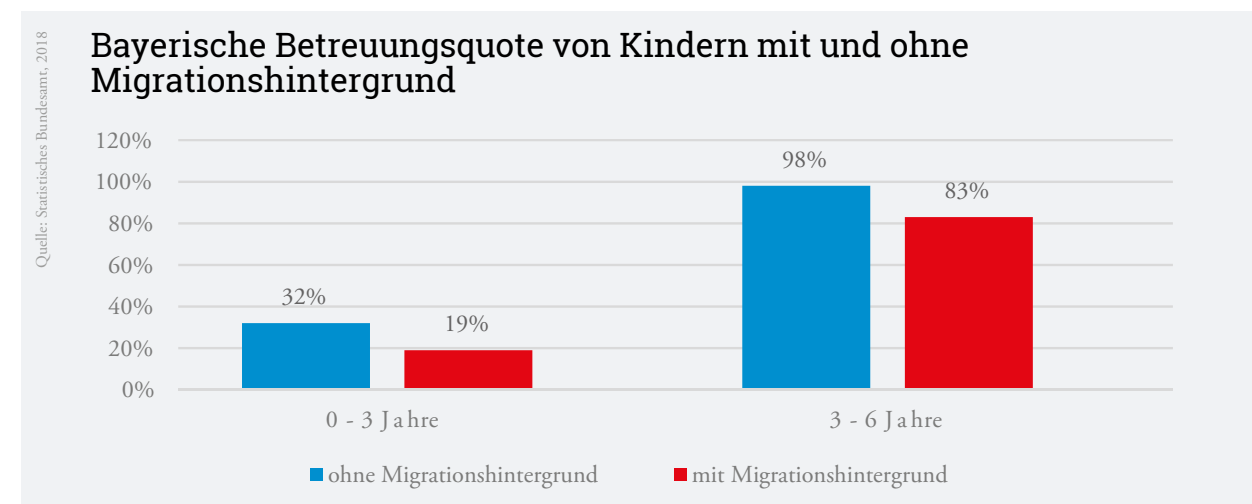
Neben der Anzahl der betreuten Kinder ist auch die Betreuungsquote² von Interesse. Sie gibt prozentual wieder, wie viele Kinder einer Altersgruppe tatsächlich eine Kindertageseinrichtung besuchen.

Die Betreuungsquote lag im Landkreis zum 01.03.2017 für die Altersgruppe der 0 bis 3-Jährigen bei 28%, für die 3- bis 6-Jährigen bei 93% und damit etwas höher als die Quote in Bayern (26% und 91%) (Bayerisches Landesamt für Statistik, 2018).

In Bezug auf Kinder mit Migrationshintergrund liegt die Betreuungsquote nur auf Landes- und nicht auf Kreisebene vor. Von den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchung (siehe S. 14) kann jedoch abgeleitet werden, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund eines Jahrgangs eine Kindertageseinrichtung besucht haben. Denn im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung, die jedes Kind vor Schuleintritt durchläuft, wird – auf Basis der freiwilligen Auskunft der Eltern – zum einen die Staatsangehörigkeit des Kindes, die Muttersprache der Eltern und die zu Hause gesprochene Sprache erfasst und zum anderen abgefragt, ob das Kind eine Kinderbetreuungseinrichtung besucht. Zudem wird ein Sprachentwicklungsscreening durchgeführt, das Aufschluss über den jeweiligen Sprachstand und -förderbedarf eines Kindes gibt (LGL, 2018a). Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung werden vom Gesundheitsamt an das Landesamt für Gesundheit weitergeleitet und dort auf Landesebene ausgewertet. Eine Auswertung auf Landkreisebene erfolgt in der Regel nicht, wurde jedoch durch das Landratsamt angefragt. Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung lagen die Daten nicht vor.

² Bei der Betreuungsquote wird die Anzahl der Kinder in Kindertagespflege und in Kindertageseinrichtungen je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe wiedergegeben. Dabei wird der Bevölkerungsstand Dezember 2016 nach dem Zensus 2011 herangezogen.

Betrachtet man die vorliegende Betreuungsquote auf Landesebene, zeigt sich, dass Kinder mit Migrationshintergrund weniger häufig eine Kindertageseinrichtung besuchen als Kinder ohne Migrationshintergrund:



Die Ergebnisse aus der Schuleingangsuntersuchung sollten bei Vorliegen analysiert und ggf. weitere Schritte unter Beteiligung des Gesundheits-, Jugend- und Schulamts in Zusammenarbeit mit der Bildungskoordination für Neuzugewanderte besprochen werden. Sollten Kinder mit Migrationshintergrund seltener eine Kindertageseinrichtung besuchen als Kinder ohne Migrationshintergrund, wäre es aufschlussreich zu untersuchen, warum bestehende Betreuungsangebote seltener von Familien mit Migrations- oder Fluchthintergrund in Anspruch genommen werden. So könnten Ansatzpunkte für sinnvolle Maßnahmen gefunden werden, um diese Familien an eine Betreuung (und somit sprachliche Förderung) ihrer Kinder heranzuführen.



Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung

Die Förderung der sprachlichen Entwicklung ist als Aufgabe im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (Art. 12 BayKiBiG) sowie im Bayerischen Integrationsgesetz festgehalten (Art. 5 Bay-IntG). Neben der alltäglichen Sprachförderung, die durch Vorlesen, Lieder, Finger- und Reimspiele sowie sprachanregende Materialien erfolgt, gibt es in den frühkindlichen Betreuungseinrichtungen folgende weitere Elemente der Sprachförderung:

Vorkurs Deutsch 240

Alle Kinder werden im vorletzten Kindergartenjahr hinsichtlich ihrer sprachlichen Entwicklung beobachtet. Dafür werden unterschiedliche Beobachtungsbögen für Kinder mit Deutsch als Erstsprache (SELDAC) oder Zweitsprache (SISMIK) herangezogen. Wird bei der Auswertung Förderbedarf festgestellt, erhält das Kind die Empfehlung, den Vorkurs Deutsch 240 zu besuchen. Diese Sprachförderung findet im Rahmen einer Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule statt.

Im vorletzten Jahr vor der Einschulung wird das Kind von Fachkräften im Kindergarten und im letzten Kindergartenjahr von Lehrkräften in einer Grundschule gefördert. Die Anzahl der Kinder mit Förderbedarf wird von jeder Kindertageseinrichtung an das Schulamt gemeldet. Dieses beantragt basierend auf dieser Anzahl, der Anzahl der Schulanfänger mit Migrationshintergrund sowie den Bedarfsmeldungen der Schulen eine bestimmte Anzahl von Förderstunden bei der Regierung von Oberbayern.

Hat ein Kind keinen Vorkurs besucht – weil es keine Kinderbetreuungseinrichtung besucht hat – und verfügt es bei der Schuleinschreibung über nicht ausreichende Deutschkenntnisse, kann das Kind von

der Schulleitung vom Schulbesuch zurückgestellt und zum Vorkurs verpflichtet werden (StMAS, 2016).

Durch die gestiegene Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen im Landkreis Dachau ist in den letzten Jahren die Anzahl von Kindern mit Sprachförderbedarf gewachsen und damit auch der Bedarf an personellen und zeitlichen Ressourcen. Gleichzeitig stehen aufgrund des Mangels an Erziehern und Grundschullehrern weniger Kapazitäten zur Verfügung als benötigt werden.



Kita: Es ist nicht abschließend geregelt, in welcher Form die Sprachförderung im Rahmen des Vorkurses Deutsch erfolgen muss. Dies kann (aufgrund geringer personeller und zeitlicher Ressourcen) auch im Rahmen der alltäglichen Betreuung, z.B. im Stuhlkreis, sein.

Schule: Ob der Vorkursanteil in der Grundschule im vorgesehenen Zeitumfang eingerichtet werden kann, hängt vor allem davon ab, wie viele Lehrerwochenstunden der Landkreis für die Sprachförderung von ausländischen Schülern an Grund- und Mittelschulen von der Regierung von Oberbayern zugewiesen bekommt. Die bewilligten Lehrerwochenstunden verteilt das Schulamt auf die verschiedenen Schulen und die dort stattfindenden Fördermaßnahmen, u.a. den Vorkurs Deutsch. In den letzten Jahren lag die Anzahl der für die Sprachförderung bewilligten Stunden in den Grund- und Mittelschulen unter der Anzahl der gewünschten Stunden.

Wichtig wären an dieser Stelle weiterhin Bemühungen, geeignete Fachkräfte für die Kindertageseinrichtungen zu finden sowie mehr Grundschullehrer einzustellen, um die Bereitstellung von mehr Lehrerwochenstunden zu ermöglichen. Aber auch eine anderweitige Unterstützung der Einrichtungen bei der Sprachförderung wäre hilfreich, wie entsprechende Fortbildungen für Fachkräfte oder das Aufzeigen von Best-Practice-Beispielen.



Sprach-Kitas

„Sprach-Kitas“ sind Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen eines Bundesprogramms gefördert und durch zusätzliche Fachkräfte im Bereich Sprachbildung und Fachberatung unterstützt werden. Ihre Schwerpunkte sind alltagsintegrierte sprachliche Bildung, inklusive Pädagogik und Zusammenarbeit mit (Migranten-)Familien (BMBF, 2018a). Es gibt acht Sprach-Kitas im Landkreis.

Richtlinie zur Förderung der Bildung, Erziehung und Betreuung von Asylbewerber- und Flüchtlingskindern in Kindertageseinrichtungen

Für die Förderung von Asylbewerber- und Flüchtlingskindern in Kitas hat der Freistaat für das Jahr 2018 zusätzliche Mittel bereitgestellt, die von den Einrichtungen für spezielle Maßnahmen beantragt werden können (Bekanntmachung des StMAS vom 26. Juli 2017). Im Jahr 2018 wurden von drei Einrichtungen Mittel beantragt und für die zusätzliche sprachliche Förderung, für Inhouse-Schulungen und für Brückenangebote für Asylbewerberkinder und ihre Eltern eingesetzt. Aufgrund der verstärkten Zuwanderung aus dem (ost-)europäischen Ausland, wäre eine Öffnung der Richtlinie auch für Kinder mit Zuwanderungshintergrund wünschenswert, da diese – zumindest in Bezug auf die Sprache – oftmals ähnliche Bedarfe haben wie Asylbewerberkinder.



SCHULEINGANGSUNTERSUCHUNG

Die Schuleingangsuntersuchung ist eine Hilfestellung, um gesundheitliche oder entwicklungsbezogene Einschränkungen von Kindern vor dem Schuleintritt festzustellen. Die Untersuchung ist für alle Kinder verpflichtend und findet bislang einige Monate vor Schulbeginn statt. Um Entwicklungsverzögerungen noch frühzeitig zu entdecken und somit mehr Zeit für entsprechende Fördermaßnahmen zu haben, wurde eine Vorverlegung und Neukonzipierung der Untersuchung im Landkreis Dachau und in fünf weiteren ausgewählten Kommunen modellhaft erprobt. Auf freiwilliger Basis konnten Eltern in den Jahren 2015 bis 2018 an den Modellstandorten das „Gesundheits- und Entwicklungsscreening im Kindergartenalter“ (GESiK) bei ihren 4- bis 5-jährigen Kindern durchführen lassen (LGL, 2018b).

Einschätzung des Gesundheitsamts zu GESiK in Bezug auf neuzugewanderte Kinder

Aus Sicht des Gesundheitsamtes ist GESiK sehr zu begrüßen, da auf diesem Weg noch frühzeitiger Förderbedarf festgestellt werden kann. Spricht ein Kind beispielsweise noch nicht ausreichend Deutsch, um den Schulbesuch bewältigen zu können, bleibt nun mehr Zeit für eine entsprechende Förderung. Die Eltern erhalten in diesem Fall eine Empfehlung für ihr Kind, wie den Besuch des Vorkurses Deutsch. Die Eltern sind selbst dafür verantwortlich, die weiteren Schritte zu veranlassen, denn eine Meldung des festgestellten Sprachförderbedarfs an andere Stellen erfolgt aus Datenschutzgründen nicht. Besucht ein Kind keine Kindertageseinrichtung, können die Eltern die Teilnahme am schulischen Vorkursanteil für ihr Kind beantragen. Dies findet vereinzelt auch statt.

Da nicht alle Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, die Schuleingangsuntersuchung bzw. GESiK aber verpflichtend ist und somit auch eine Sprachstandserhebung stattfindet, wäre es sinnvoll, an dieser Schnittstelle anzusetzen.

Wünschenswert wäre eine Koordinationsstelle im Landkreis, an die die Ergebnisse des Sprachscreenings bei Zustimmung der Erziehungsberechtigten gemeldet werden und von der weitere Schritte veranlasst werden können. Hilfreich wäre zudem eine Regelung zur Weitergabe der Screeningergebnisse vom Gesundheits- an das Schulamt. Überlegungen für eine solche Vereinbarung gibt es vonseiten des Kultusministeriums bereits, sie befindet sich aufgrund von datenschutzrechtlichen Bestimmungen jedoch noch im Klärungsprozess.

SCHULISCHE BILDUNG

Die in Deutschland herrschende Schulpflicht gilt auch für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungs- und Fluchthintergrund. Bei Asylbewerberkindern beginnt die Schulpflicht drei Monate nach dem Zuzug nach Deutschland (Art. 35 BayEUG).

Definition des Migrationshintergrundes in der Schule:

Im schulischen Kontext liegt bei einem Kind ein Migrationshintergrund vor, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale – Staatsangehörigkeit, Geburtsland, überwiegend in der Familie gesprochene Sprache – mit *nicht Deutsch* oder *nicht Deutschland* gekennzeichnet ist (Kommission für Statistik der Kultusministerkonferenz, 2011). Somit unterscheidet sich die Definition des Merkmals „Migrationshintergrund“ in Kindertageseinrichtungen und Schule maßgeblich, was die Vergleichbarkeit von Daten erschwert. Zudem wird in manchen Schulstatistiken lediglich zwischen dem Vorliegen einer deutschen oder ausländischen Staatsangehörigkeit unterschieden, was die Aussagekraft der Daten ebenfalls einschränkt.

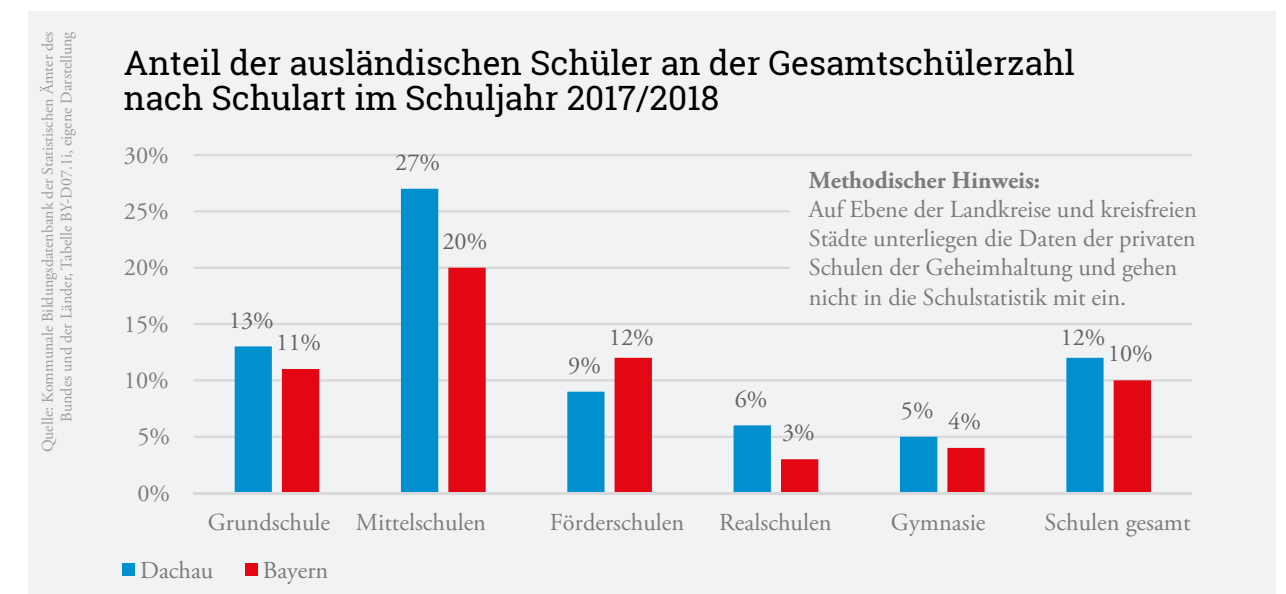
Schulanfänger mit Migrationshintergrund

Wie auch die Anzahl der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund, so ist auch der Anteil der Schulanfänger mit Migrationshintergrund im Landkreis angestiegen: von 11% im Schuljahr 2007/2008 auf 25,6% im Schuljahr 2017/2018. Im selben Zeitraum ist der Anteil der Schulanfänger insgesamt um 0,6% zurückgegangen (ISB, 2018).

Diese Entwicklung ist auch in anderen Landkreisen zu beobachten und fällt dort zum Teil noch deutlicher aus. So ist im Landkreis Fürstentfeldbruck beispielsweise der Anteil von Schulanfängern mit Migrationshintergrund im gleichen Zeitraum von 8,8% auf 27,3% angestiegen.

Anzahl der ausländischen Schüler an allgemeinbildenden Schulen

Betrachtet man den Anteil der ausländischen Schüler (beachte: hier nicht Migrationshintergrund) an der Gesamtzahl der Schülerschaft, so zeigte sich im Schuljahr 2017/2018 an den allgemeinbildenden Schulen im Landkreis und in Bayern folgendes Bild:



Sprachförderangebote an den Schulen im Landkreis

Wie der vorangegangenen Tabelle zu entnehmen ist, sind ausländische Schüler an den Grund- und Mittelschulen am stärksten vertreten. Diese Schulen sind es auch, die verstärkt mit der Beschulung von neuzugewanderten Kindern konfrontiert sind.

Folgende Auflistung gibt einen Überblick über die verschiedenen Fördermaßnahmen, die es bis zum Schuljahr 2017/2018 an den Schulen im Landkreis gab, sowie zu den neuen Maßnahmen ab dem Schuljahr 2018/2019:

- **Übergangsklassen** stellten bislang an Grund- und Mittelschulen spezielle Klassen für neuzugewanderte Kinder dar, die wenige bis keine Deutschkenntnisse haben. Durch intensive Deutschförderung sollte diesen Kindern ermöglicht werden, innerhalb von zwei Jahren oder früher in eine Regelklasse zu wechseln. Im Schuljahr 2017/2018 gab es an sechs Schulen im Landkreis Übergangsklassen, davon zwei im Grundschul- und sieben im Mittelschulbereich. Mit dem Schuljahr 2018/2019 treten die sogenannten Deutschklassen anstelle der Übergangsklassen. Sie sind auf den ganzen Tag ausgerichtet, beinhalten das Fach „Kulturelle Bildung und Werteerziehung“ und werden im Landkreis vorrangig in Form von eigenständigen Angeboten durchgeführt. Grundsätzlich ist es aber auch möglich, die Klassen in den gebundenen oder offenen Ganztags zu integrieren. Da im Vergleich zu den Übergangsklassen ein größeres Stundenkontingent für die Deutschförderung zur Verfügung steht, ist die Verweildauer der Kinder in den Deutschklassen auf höchstens ein Jahr angelegt.



- **Deutschförderkurse** waren begleitende Fördermaßnahmen an Grund- und Mittelschulen für Kinder mit Unterstützungsbedarf in der deutschen Sprache. Die Kurse fanden in den Grundschulen zusätzlich zum Deutschunterricht statt, in der Mittelschule konnte eine Befreiung vom übrigen Unterricht erfolgen. Im Schuljahr 2017/2018 gab es an Grundschulen 182 Kurse mit 1.467 Teilnehmern, in Mittelschulen 35 Kurse mit 356 Teilnehmern. **DeutschPLUS** tritt im Schuljahr 2018/2019 an die Stelle der Deutschförderkurse und -klassen. Die Förderung kann entweder ergänzend zum Pflichtunterricht als zusätzlicher DeutschPLUS-Kurs (mit bis zu 4 Wochenstunden) oder als Differenzierung im Rahmen vom Pflichtunterricht (mit bis zu 12 Wochenstunden) erfolgen. Vom Schulamt wird auf Basis der Vorkursmeldungen von den Kindertageseinrichtungen und den gemeldeten Bedarfen der einzelnen Schulen eine bestimmte Anzahl von Lehrerwochenstunden für die Sprachförderung an Grund- und Mittelschulen beantragt. Wie bereits beim Abschnitt Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung (S. 12f) zu lesen ist, werden in der Regel jedoch weniger Stunden zugewiesen, als gewünscht wurden (Schuljahr 2018/2019: 434 Stunden angegeben und 390 Stunden bewilligt).
- Der **Vorkurs Deutsch 240** stellt eine Fördermaßnahme dar, die bereits vor dem Schuleintritt erfolgt und zu einem Teil in der Grundschule und zum anderen Teil im Kindergarten stattfindet (jeweils 120 Stunden). Die Regelungen zum Vorkurs Deutsch 240 bleiben auch im Schuljahr 2018/2019 weiterhin bestehen. Im Schuljahr 2018/2019 (2017/2018) nahmen 488 (322) Schüler am Vorkurs Deutsch teil, und es wurden dafür 164 (148) Lehrerwochenstunden zugeteilt.
- **Mittel für die zusätzliche Sprachförderung durch Drittkräfte** können von allen staatlichen Schulen bei der Regierung beantragt werden. Bis zum Schuljahr 2017/2018 war dafür eine bestimmte Anzahl von Kindern mit Fluchthintergrund erforderlich. Diese war jedoch an vielen Schulen im Landkreis nicht gegeben. Gleichzeitig gab es viele Schüler mit (ost-)europäischen Zuwanderungshintergrund, die eine entsprechende zusätzliche Förderung benötigt hätten. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat die Mittel für das Kalenderjahr 2018 für alle Kinder mit Sprachförderbedarf geöffnet. Nach wie vor ist die Beantragung jedoch mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand für die Schulen verbunden, was – zusätzlich zu der damals noch erforderlichen Anzahl an Flüchtlingskindern – im vergangenen Schuljahr dazu geführt hat, dass trotz Einrichtung eines Drittkräfte-Pools durch die Bildungskoordination für Neuzugewanderte kaum Mittel beantragt wurden.
- **Ehrenamtliche Angebote**, wie Lese- oder Schülerpaten, Hausaufgabenhilfe und -betreuung, finden an vielen Schulen im Landkreis statt, bei Asylbewerberkindern oftmals in den Unterkünften. Die Angebote werden in der Regel von der Schule, einem Wohlfahrtsträger oder von Ehrenamtlichen selbst (Helferkreise) organisiert.

Durch das MINT-Management für die Landkreise München und Dachau ist in Kooperation mit der Bildungskoordination für Neuzugewanderte eine Erhebung an Bildungseinrichtungen (Schulen, Kitas, Volkshochschulen, freie Bildungsträger und weitere Akteure) zu fünf Bildungsthemen geplant. Bei dieser Befragung soll auch erfasst werden, welche Sprachförder- und Integrationsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern bzw. Erwachsene es an diesen Einrichtungen gibt und welche Unterstützung sich die Einrichtungen von den jeweiligen Landkreisen wünschen.

Die Ergebnisse sollen die Grundlage für die Weiterentwicklung der Angebote und für Empfehlungen an Verantwortliche und politische Entscheidungsträger darstellen.

Einschätzung des Staatlichen Schulamtes zur Situation in den Grund- und Mittelschulen

In den Grund- und Mittelschulen ist die Anzahl der Kinder mit europäischem Zuwanderungshintergrund, insbesondere aus Osteuropa, im Vergleich zur Anzahl der Flüchtlingskinder sehr hoch. Aufgrund der großen Heterogenität in den Übergangs- bzw. Deutschklassen fühlen sich die Lehrer teilweise überfordert. Nicht alle haben eine spezielle Ausbildung in Deutsch als Zweit-/Fremdsprache, entsprechende Weiterbildungen sind oftmals langwierig und werden vorrangig an der Akademie für Lehrerbildung und Personalführung in Dillingen angeboten. Im Landkreis gibt es jedoch auch Fortbildungen, die durch die Fachberatung Migration angeboten werden. Sie ist zudem Ansprechpartner für Lehrer in Fragen zur Beschulung von Schülern mit Migrationshintergrund.

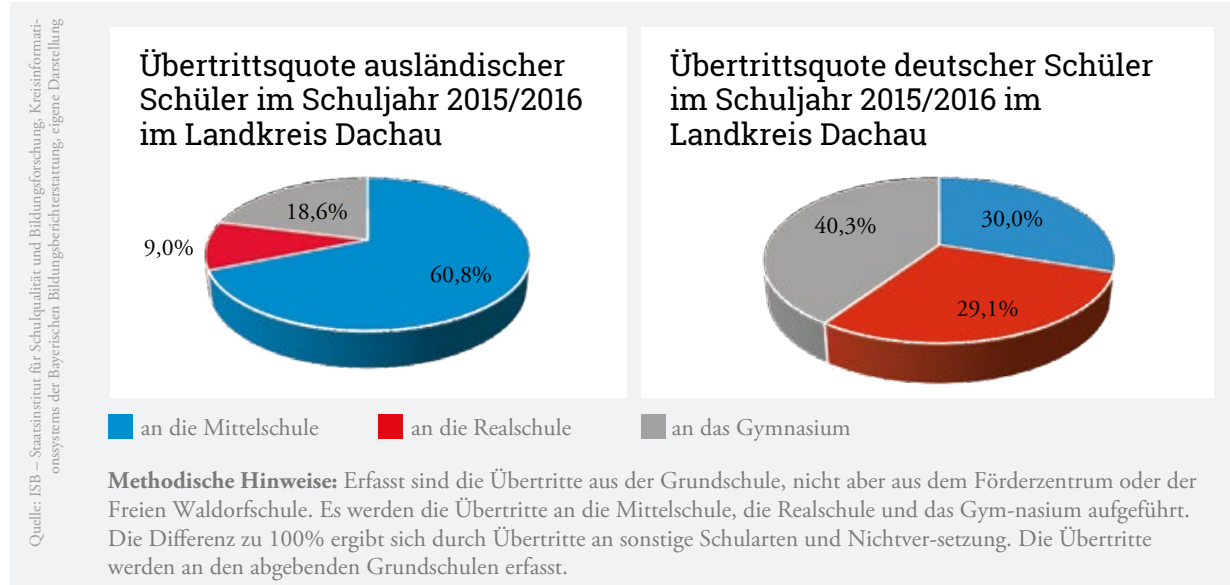
In Übergangs- bzw. Deutschklassen werden Schüler unterrichtet, die zum Teil mehrere Jahrgänge umfassen und ganz unterschiedliche Schul- und Bildungserfahrungen mitbringen. So kann es sein, dass Lehrer in der dritten und vierten Jahrgangsstufe Schüler vor sich haben, die noch nicht lesen und schreiben können, und solche, die sich für das Gymnasium eignen – aber lediglich noch kein Deutsch sprechen. In Bezug auf diese Schüler braucht es eine noch bessere Verzahnung mit Realschulen und Gymnasien, um Kindern, die die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen, den Wechsel in eine höhere Schulform zu ermöglichen.

In letzter Zeit ist zudem die Entwicklung zu beobachten, dass zunehmend mehr Kinder mit einem vermuteten erhöhten sonderpädagogischen Förderbedarf aus dem (europäischen) Ausland kommen. Diese Kinder werden in der Regel erst nach zwei Jahren Aufenthalt in Deutschland getestet, um auszuschließen, dass das sonderpädagogische Gutachten durch die geringen Sprachkenntnisse verfälscht wird. Bis dahin werden die Kinder in den Grund- und Mittelschulen unterrichtet, auch wenn aus Sicht der Lehrer eine andere Schulform angeraten wäre. Das stellt die Lehrer vor enorme Herausforderungen. Eine intensivere Vernetzung mit dem Amt für Jugend und Familie ist wichtig und ist auch geplant, um eine bessere Absprache hinsichtlich der Unterstützungsmöglichkeiten zu erreichen.



Übergänge nach der Jahrgangsstufe 4

Um Aussagen über den Schulerfolg zu treffen, kann die Übertrittsquote nach der Grundschule auf die weiterführenden Schulen betrachtet werden. Sie ist jedoch in ihrer Aussagekraft eingeschränkt, da sie auf Basis kleiner Absolutzahlen ermittelt wird und somit großen Schwankungen unterliegt. Die aktuellsten Zahlen zu den Übergängen liegen aus dem Jahr 2016 vor:





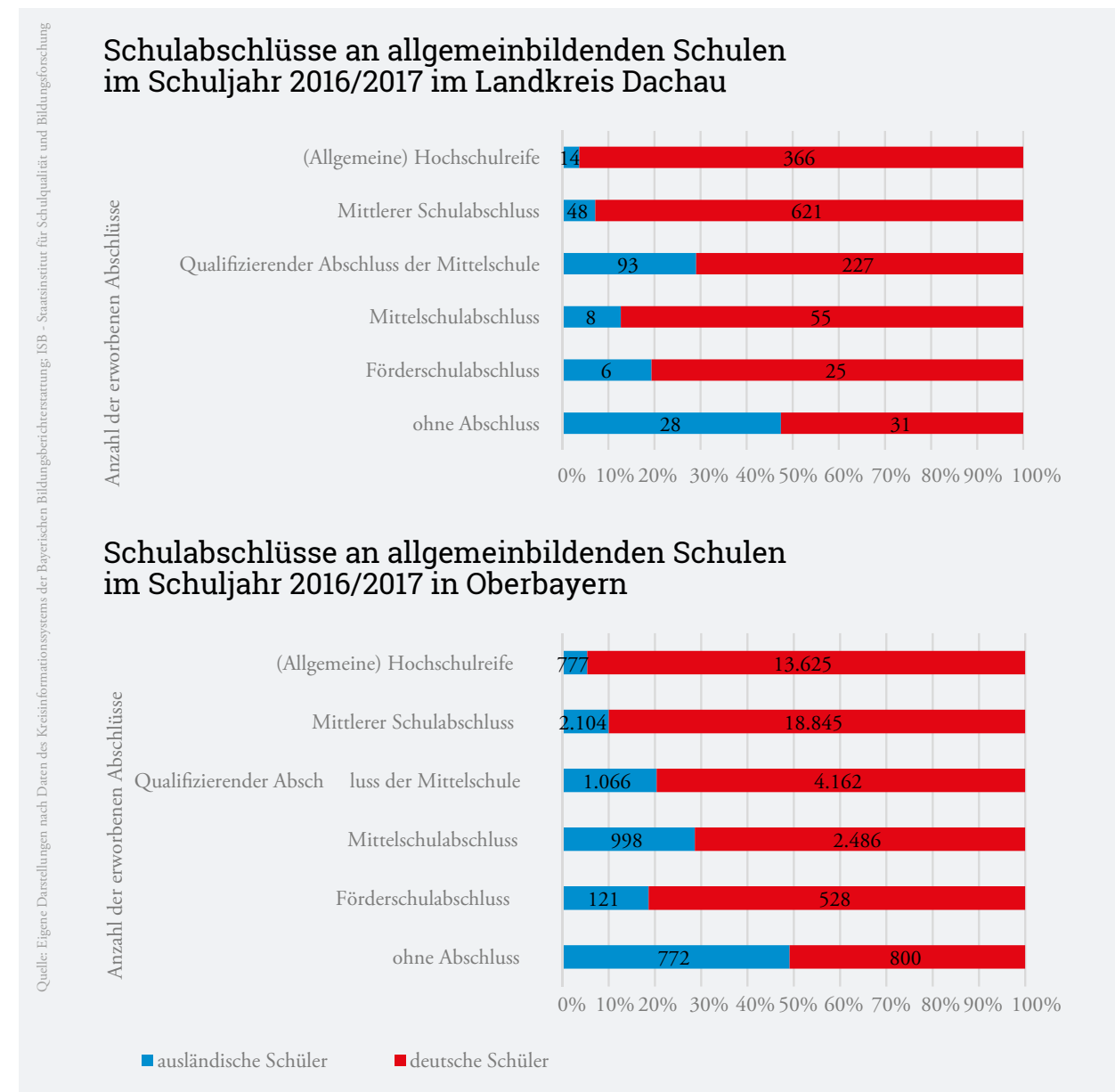
Auch wenn die Übertrittsquote hinsichtlich ihrer Aussagekraft eingeschränkt ist, wird anhand der Zahlen ersichtlich, dass sich die Übergänge der ausländischen Schüler hauptsächlich auf die Mittelschule konzentrieren, wohingegen die Übertritte der deutschen Schüler auf die verschiedenen Schulformen ungefähr gleichverteilt sind. Auf welche Gründe dies zurückgeführt werden kann, kann aus den Zahlen nicht herausgelesen und sollte genauer analysiert werden. Zudem wäre es interessant, zu untersuchen, ob und wenn ja, inwiefern die tatsächlichen Übergänge nach der vierten Jahrgangsstufe von den Übertrittsempfehlungen, die in der vierten Jahrgangsstufe von den Grundschullehrern ausgesprochen werden, voneinander abweichen. Die Übertrittsempfehlung stellt eine Grundlage für die Schulwahl dar, die maßgeblich von den Eltern getroffen wird.



Für das zukünftige Bildungsmanagement und -monitoring wäre es lohnenswert, Daten zu den Übertrittsempfehlungen bei neuzugewanderten/ausländischen und deutschen Schülern in Erfahrung zu bringen und diese im Verhältnis zu den tatsächlichen Übergängen zu untersuchen.

Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen

Weiterhin interessant in Bezug auf den Schulerfolg ist die Betrachtung der Abschlüsse, die ausländische Schüler an allgemeinbildenden Schulen erworben haben. Hierzu liegen Zahlen aus dem Schuljahr 2016/2017 vor.



Methodische Hinweise: Mit Ausnahme der Mittelschule gilt für die anderen Schularten keine Sprengelflicht. Die Abschlüsse im Landkreis Dachau können somit nicht zu seiner Wohnbevölkerung in Beziehung gesetzt werden.

Setzt man diese Zahlen mit dem Anteil der ausländischen Schüler nach Schulart im Landkreis in Verbindung (siehe Abbildung auf S. 15, wobei diese sich auf das Schuljahr 2017/2018 bezieht!), wird ersichtlich, dass der Anteil der ausländischen Schüler auf der Realschule (6%) und dem Gymnasium (5%) ungefähr dem Anteil der ausländischen Schüler entspricht, der die entsprechenden Schulabschlüsse – Mittlerer Schulabschluss (6%) und (allgemeine) Hochschulreife (4%) – erwirbt.

Außerschulische Betreuung und Unterstützung

In Bezug auf die außerschulische Betreuung liegen aus KiBiG.web Zahlen darüber vor, wie viele Schulkinder mit Migrationshintergrund in einer Kindertageseinrichtung betreut werden. Die Zahl ist von 255 im Jahr 2011 auf 454 im Jahr 2017 angestiegen, was einer Zunahme von 78% entspricht. Daraus kann abgeleitet werden, dass mehr Eltern mit Migrationshintergrund eine nachschulische Betreuung ihres Kindes in Anspruch nehmen.

Die Zahl alleine ist aber wenig aussagekräftig, da sie nicht offenlegt, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund schulische Betreuungsangebote besuchen, z.B. eine (verlängerte) Mittagsbetreuung oder eine (gebundene bzw. offene) Ganztageschule, oder wie viele Kinder eine solche Betreuung benötigen würden.

Eine genauere Erfassung der Situation und der Bedarfe von neuzugewanderten Kindern in der nachschulischen und außerschulischen Betreuung durch das Bildungsmonitoring ist somit anzuraten. Durch die Erhebung, die durch das MINT-Management der Landkreise München und Dachau in Kooperation mit der Bildungskoordination für Neuzugewanderte geplant ist, wird die erste Grundlage dafür geschaffen.

Qualitativen Aussagen von Fachkräften aus Kindertageseinrichtungen, Schulen und Integrationsberatungen zufolge würden viele Kinder mit Zuwanderungs- oder Fluchthintergrund eine nachschulische Betreuung benötigen. Den vordringlichen Grund dafür sehen die Fachkräfte im Unterstützungsbedarf der Kinder bei den Hausaufgaben. Manche Kinder brauchen aufgrund ihres Sprachstandes noch viel Hilfestellung, was im Rahmen der Angebote in der Regel jedoch nicht abgedeckt werden kann. An vielen Schulen und in Asylbewerber-Unterkünften engagieren sich häufig Ehrenamtliche in der Hausaufgabenhilfe und -betreuung.

Durch die mit dem Schuljahr 2018/2019 neu eingeführten Regelungen und Maßnahmen ist die Beschulung neuzugewandelter Kinder in den sogenannten Deutschklassen auf den ganzen Tag ausgelegt. Ob und inwiefern sich das auf den Bedarf an nachschulischer Betreuung und Unterstützung auswirkt, muss erst noch beobachtet werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass einige Kinder nach der auf ein Jahr ausgerichteten Deutschklasse weiterhin Förderung in der deutschen Sprache und Unterstützung bei der Erledigung der Hausaufgaben benötigen werden.

Flüchtlings- und Asylbewerberklassen an der Staatlichen Berufsschule Dachau

Die Berufsschulpflicht gilt auch für zugewanderte und geflüchtete Jugendliche im Alter von 16 und 21 Jahren, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Mit den hohen Zuwanderungszahlen in den vergangenen Jahren wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ein zweijähriges berufsvorbereitendes Bildungsangebot an den Berufsschulen in Bayern eingerichtet, so auch an der Staatlichen Berufsschule Dachau.

Die Schule ist Modellschule des Projekts „Perspektive Beruf für junge Flüchtlinge und Asylbewerber“ des Bildungspakts Bayern (StMUK, 2018). Das Unterrichtsangebot erfolgt jeweils mit einem externen Kooperationspartner, der u.a. die sozialpädagogische Betreuung der jungen Erwachsenen gewährleistet.



Es umfasst folgende Klassen:

Berufsintegrationsklassen

- Berufsintegrationsvorklasse (BIK-V): Erlernen der deutschen Sprache als Schwerpunkt, Vermittlung von Kenntnissen in Mathematik und Lebenskunde
- Berufsintegrationsklasse (BIK): Ergänzung des Unterrichts durch Praktika zum Zwecke der Berufsorientierung
- Erwerb des Mittelschulabschlusses nach erfolgreichem Absolvieren der zwei Jahre möglich

Vormals Sprachintensivklassen (SIK), ab Schuljahr 2018/2019 Deutschklassen für Alphabetisierung (DK-BS)

- Unterrichtsangebot für Berufsschulpflichtige, die während des Schuljahres nicht in reguläre Berufsintegrationsklassen aufgenommen werden können oder Alphabetisierungsbedarf aufweisen

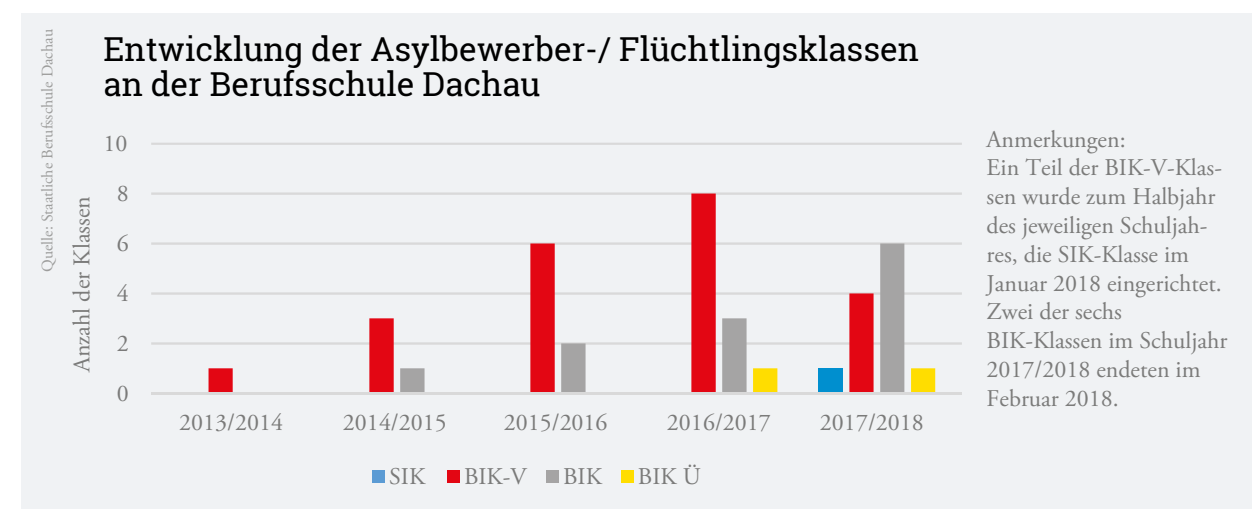
Berufliches Übergangsjahr (BIK-Ü)

- Schwerpunkt: Berufsorientierung und -vorbereitung; richtete sich vorrangig an Absolventen der BIK-Klassen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben
- Maßnahme wird im Schuljahr 2018/2019 nicht mehr angeboten

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung dieser Klassen an der Berufsschule Dachau. Mit den hohen Zuwanderungszahlen stieg auch die Anzahl der berufsschulpflichtigen Personen und somit auch die Anzahl der dafür eingerichteten Klassen.

Eine Herausforderung stellt hierbei nach wie vor die Erfassung der berufsschulpflichtigen Personen dar. Das aktuelle Verfahren bindet unterschiedliche Akteure mit ein, ist aber mit einem hohen bürokratischen Aufwand für die Berufsschule verbunden und stellt noch nicht zu 100% sicher, dass tatsächlich alle Personen im berufsschulpflichtigen Alter erfasst bzw. nicht innerhalb mehrerer Jahre mehrmalig angeschrieben werden.

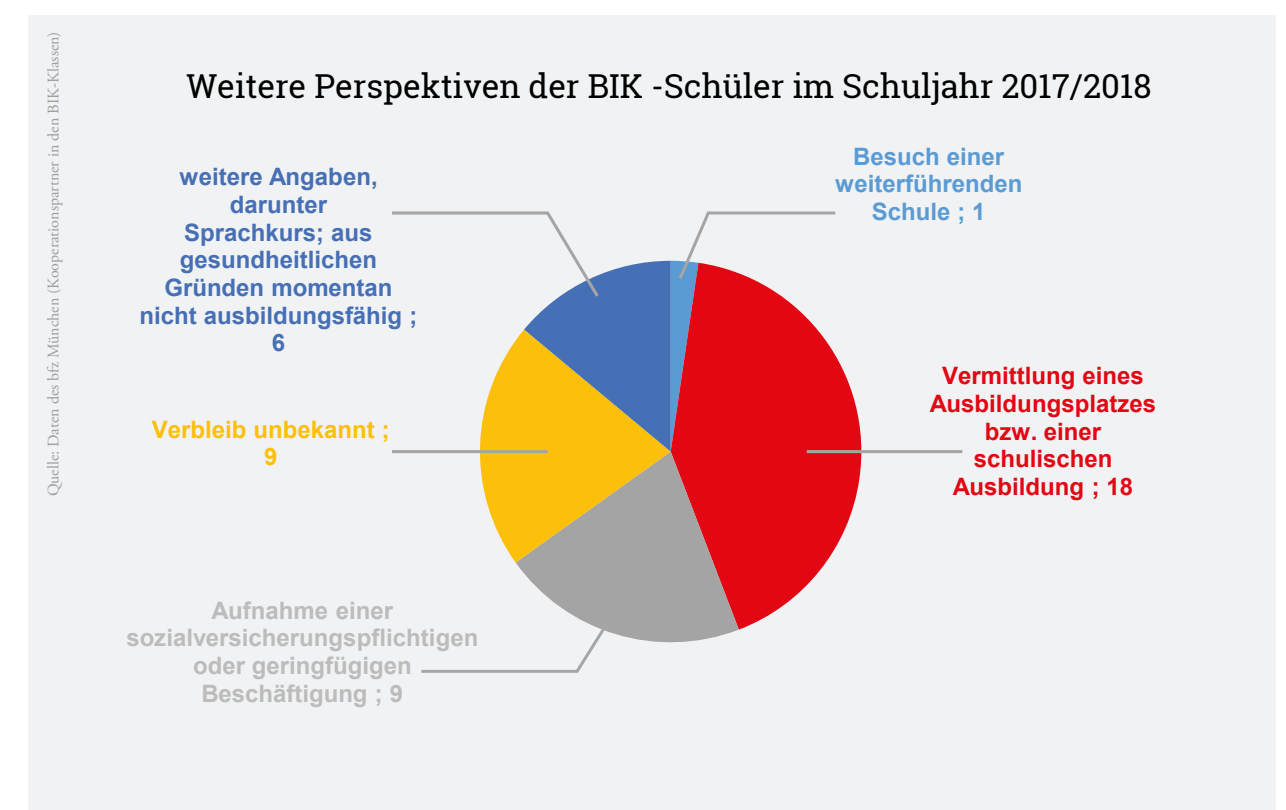
Aufgrund der inzwischen zurückgegangenen Zuwanderungszahlen konnte im Schuljahr 2018/2019 allen berufsschulpflichtigen Personen und zum Teil auch berufsschulberechtigten jungen Erwachsenen im Alter zwischen 21 und 25 Jahren ein Platz angeboten werden.



Ziel der Berufsintegrationsklassen ist die Vorbereitung auf eine Ausbildung (oder auch weiterführende Bildungsmaßnahmen). Je nachdem, welche Bildungserfahrungen sie mitbringen, stellt es für die jungen Erwachsenen eine sehr große Herausforderung dar, innerhalb von zwei Jahren sowohl in Deutsch als auch in den anderen Fächern das Niveau zu erreichen, das für das erfolgreiche Absolvieren einer Ausbildung erforderlich ist. Dies kann – insbesondere bei Personen, die in ihrem Herkunftsland wenig bis keine Schulbildung erhalten haben – zu einem erhöhten Unterstützungsbedarf bis hin zu fehlender Ausbildungsreife führen.

Jedoch gibt es auch Absolventen der Berufsintegrationsklassen, die einen höherwertigen Schulabschluss anstreben. Für diese Personengruppe gibt es keine speziellen Angebote im Landkreis, sondern nur die regulären Möglichkeiten des Erwerbs eines höherwertigen Schulabschlusses nach der Mittelschule (z.B. über die Externenprüfung an der Realschule). Diese sind aufgrund des z.T. höheren Alters der BIK-Absolventen nicht immer zugänglich und erfordern oft ein hohes Maß an selbständigem Lernen.

Folgende Grafik gibt einen Überblick darüber, welche Perspektiven die Schüler der Berufsintegrationsklassen im Schuljahr 2017/2018 angegeben haben. Die Zahlen stammen vom letzten Schultag und wurden zu Ausbildungsbeginn nicht verifiziert. Es ist also sowohl möglich, dass ein Schüler, der zum Ende des Schuljahres keine Perspektive nennen konnte, im Laufe der Sommerferien noch einen Ausbildungsplatz erhalten hat, als auch, dass ein Schüler mit einem Ausbildungsplatz diesen zum Ausbildungsbeginn nicht angetreten ist.



Am Übergang in Ausbildung und Arbeit setzt auch die für den Landkreis Dachau geplante intensivere Zusammenarbeit von Jugendamt, Agentur für Arbeit und Jobcenter an. Diese drei Sozialleistungsträger sind für die Beratung und Integration junger Menschen unter 25 Jahren zuständig. Ihre Vernetzung soll im Rahmen der Jugendberufsagentur verbessert und Arbeitswege sollen verkürzt werden, damit Jugendliche abgestimmte und individuelle Unterstützung beim Übergang in Ausbildung und Arbeit erhalten.

BERUFLICHE AUSBILDUNG

Ausbildungsneuverträge

Mit Beginn September 2018 haben laut Angaben der Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern 237 Jugendliche und junge Erwachsene im Landkreis Dachau eine Ausbildung in Berufen aus Industrie, Handel und Dienstleistungen angetreten. Darunter sind 23 Auszubildende aus fluchtwahrscheinlichen Herkunftsländern, dies entspricht fast zehn Prozent aller neuen Ausbildungsverträge in den IHK-Berufen. Für das Vorjahr waren 51 IHK-Lehrverträge von Azubis aus fluchtwahrscheinlichen Ländern zum 31. Dezember 2017 registriert. Insgesamt gibt es im Landkreis 243 IHK-zugehörige Ausbildungsbetriebe.

Nach Angaben der Handwerkskammer (HWK) für München und Oberbayern standen bis 30. Juni 2018 in 295 Handwerksbetrieben im Landkreis zusammengerechnet 362 Lehrlinge in einem aktiven Ausbildungsverhältnis, davon 293 aus Deutschland, 32 aus sogenannten Flüchtlingsstaaten und 37 Personen aus dem übrigen Ausland. Alle Personengruppen eingerechnet wurden zwischen dem 01.01.2017 und dem 30.06.2018 417 Lehrverträge neu abgeschlossen. Eine Datenauswertung zum aktuellen Stand der Ausbildungsneuverträge zum Beginn September 2018 wird für HWK-Berufe im Oktober erwartet, da ein Einstieg in eine Ausbildung noch bis in den Oktober hinein erfolgen kann.

Für die Wirtschaft im Landkreis Dachau ist der Anstieg an Neuverträgen eine positive Entwicklung. Dennoch bleiben insgesamt 232 offene Ausbildungsstellen, bei nur 54 unversorgten Bewerbern³, wie aus der Statistik der Bundesagentur zum Ausbildungsstellenmarkt (Stand September 2018) hervorgeht. Unter den 54 unversorgten Bewerbern sind 11 Ausländer mit bekannter Alternative und 7 ohne bekannte Alternative.

Ausbildungsabbrüche

Dem letzten Berufsbildungsbericht ist zu entnehmen, dass im Jahr 2016 bundesweit 25,8% aller Auszubildenden ihre Ausbildung vorzeitig aufgelöst haben (BMBF, 2018b). Der IHK und HWK zufolge lag in Oberbayern die Abbruchquote für das Jahr 2017 bei Azubis aus fluchtwahrscheinlichen Ländern bei etwa 25 Prozent.

Laut der IHK-Statistik lösten in Oberbayern bis Ende 2017 362 von insgesamt 2339 IHK-Auszubildenden aus fluchtwahrscheinlichen Ländern ihren Ausbildungsvertrag auf. Bei der Interpretation der Lösungsquote ist jedoch unbedingt zu beachten, dass Ausbildungsabbruch und Vertragslösung nicht als Synonyme verstanden werden dürfen. Gemäß der IHK tauchen in der Statistik auch Betriebs- oder Berufswechsel innerhalb des dualen Systems als Vertragslösung auf.⁴

Gründe für die Abbrüche sind unterschiedlich; eine Konzentration auf ein bestimmtes Abbruchmerkmal ist generell nicht festzustellen. Nach qualitativen Angaben relevanter Haupt- und ehrenamtlicher Akteure sind die Beweggründe ebenso heterogen wie die Personengruppe selbst. Es fehlen Ansatzpunkte um die Ursachen systematisch erfassen zu können. Als häufige Gründe für einen Abbruch werden jedoch vor allem unzureichende Deutsch- und fehlende Basiskenntnisse beispielsweise in Mathematik genannt. Aber auch der wirtschaftliche Druck, schneller Geld zu verdienen spielt dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Zudem kann eine psychische Belastung oder auch die falsche Berufswahl zu einer vorzeitigen Auflösung bzw. zum Abbruch eines Ausbildungsverhältnisses führen.

³ Unversorgte Bewerber sind Bewerber, für die weder die Einmündung in eine Berufsausbildung, noch ein weiterer Schulbesuch, eine Teilnahme an einer Fördermaßnahme oder eine andere Alternative zum 30.09. bekannt ist und für die Vermittlungsbemühungen laufen.

⁴ Zur Problematik des Begriffes Abbruchquote siehe das Diskussionspapier des Bundesinstituts für Berufsbildung: <https://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21dazubimethodenpapierabbruch-quotajan2014.pdf>

Fördermaßnahmen vor und während einer Ausbildung

Damit eine Ausbildung von Personen mit Fluchthintergrund (oder Zuwanderungshintergrund) möglichst erfolgreich abgeschlossen werden kann, ist selbstständige Sprachanwendung unumgänglich. Doch neben dieser Herausforderung müssen auch der (Arbeits-) Alltag sowie die schulischen Anforderungen des Berufsschulunterrichts bewältigt werden. Im Landkreis Dachau gibt es – neben diversen Angeboten für Auszubildende im Allgemeinen – auch spezielle Unterstützungsmaßnahmen für Auszubildende mit Fluchthintergrund sowie für Unternehmen, die diese Personengruppe bereits beschäftigen oder einstellen möchten. Zudem engagieren sich viele Ehrenamtliche in diesem Themenfeld (siehe dazu auch S. 36ff).

Nachfolgend werden Angebote der Kammern und der Agentur für Arbeit bzw. des Jobcenters genannt. Für nähere Informationen zur Zielgruppe und zu den Inhalten der einzelnen Fördermöglichkeiten sei auf das Informationsangebot des jeweiligen Anbieters verwiesen. Da die Zugangsvoraussetzungen zu den Maßnahmen der Agentur für Arbeit / des Jobcenters insbesondere bei geflüchteten Personen vom jeweiligen Einzelfall abhängen, wird auf ihre Erläuterung an dieser Stelle verzichtet.

Angebote der IHK und HWK für (angehende) Auszubildende mit Fluchthintergrund und für Betriebe

- Akquise, Information und gezielte Beratung zur Ausbildung im Handwerk / zur Beschäftigung von Azubis mit Fluchthintergrund
- Informationen zu Fördermöglichkeiten
- Veranstaltungen
- Lehrstellen- und Praktikumsbörsen (für alle Jugendlichen)

Maßnahmen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters für (angehende) Auszubildende mit Fluchthintergrund und für Betriebe

- berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (bvB)
- Einstiegsqualifizierungen (EQ)
- Aktivierungsmaßnahmen zur Heranführung an den Ausbildungsmarkt (JAZ = Jugendaktivzentrum)
- assistierte Ausbildung (AsA)
- Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)
- ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)

Sowohl für BIK-Absolventen, die aufgrund fehlender Ausbildungsreife keine Ausbildung erhalten haben, als auch für diejenigen, die sich in Ausbildung befinden, massive Schwierigkeiten haben und Unterstützung benötigen oder von einem Ausbildungsabbruch bedroht sind, besteht Handlungsbedarf. Für letztere gibt es zwar eben genannte Fördermöglichkeiten, der Zugang ist aber wie beschrieben vom Einzelfall abhängig. Außerdem greifen Maßnahmen wie die ausbildungsbegleitenden Hilfen z.T. erst spät und oder sind nicht immer auf die jeweiligen Bedarfe zugeschnitten.

Ausgehend von einem Werkstatt-Treffen der Integrationsbeauftragten und der Bildungskoordination für Neuzugewanderte mit den relevanten Akteuren im Landkreis sollen nun Möglichkeiten für weitere Förder- und Unterstützungsmaßnahmen für Auszubildende entwickelt werden, z.B. ein Grundbildungskonzept. Bei dem Treffen wurde es auch als sehr wichtig erachtet, zu erörtern, welche Gründe tatsächlich dazu führen, dass ein Ausbildungsabbruch droht, da nur mit diesem Wissen passende Hilfen erarbeitet werden können.

Eine weitere Herausforderung stellen auch diejenigen jungen Erwachsenen dar, die – um schneller Geld zu verdienen – nach der BIK-Klasse anstelle einer Ausbildung sofort eine Beschäftigung ergreifen oder eine begonnene Ausbildung abbrechen, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Der Verbleib in unqualifizierten (Helfer-)Tätigkeiten ist in diesen Fällen sehr wahrscheinlich.



ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Wie bereits auf S. 8 dargestellt, erfolgt Zuwanderung nach Deutschland aktuell aus dem europäischen Ausland und infolge von Flucht, wobei ersteres stärker ins Gewicht fällt.



Die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland zeigt, dass die deutsche Wirtschaft auf die Zuwanderung angewiesen ist. Zum September 2018 wurden im Landkreis Dachau nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit 1.016 offene Stellen gemeldet, hinzu kommen 232 nicht besetzte Ausbildungsstellen.

Durch die Osterweiterung der EU und den Beitritt Kroatiens in die Europäische Union erhielten bis zum 1. Juli 2015 elf weitere EU-Länder⁵ erleichterten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gemäß der sogenannten uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit.⁶

In den genannten Ländern ist die aktuelle wirtschaftliche Situation auf dem heimischen Arbeitsmarkt belastend (hohe Arbeitslosigkeit), insbesondere aber in den GIPS⁷-Staaten, die am stärksten von der EU-Schuldenkrise betroffen sind. Für viele EU-Zuwanderer, vor allem für gut ausgebildete Arbeitskräfte, gibt es derzeit – begünstigt durch die hohe Personalnachfrage hierzulande – gute Möglichkeiten, eine Beschäftigung in Deutschland zu finden.

Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt haben, neben der Zuwanderung aus den europäischen Mitgliedsstaaten, auch

- die fluchtbedingte Einwanderung aus nichteuropäischen Ländern mit den meisten Asylanträgen in den letzten Jahren bundesweit (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien),
- die Einwanderung aus den Westbalkanländern (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Serbien), und aus Osteuropa (Russische Föderation, Ukraine).

Dabei erfolgt der Zuzug aus den Balkanstaaten und Osteuropa nicht vorrangig aus Fluchthintergründen, zumal alle Westbalkanstaaten mittlerweile als sichere Herkunftsländer gelten. Asylbewerber aus diesen Ländern erhalten nur noch in Ausnahmefällen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, bei Ersteinreise nach dem 31.08.2015 herrscht generelles Arbeitsverbot für diese Personengruppe (BAMF, 2018a).

Im Rahmen der sogenannten Westbalkanregelung wurden jedoch die gesetzlichen Zugangsbestimmungen für Staatsbürger aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien für den Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2020 gelockert: Mit der Schaffung der Beschäftigungsverordnung § 26 Abs. 2 (BeschV.) können Personen aus diesen Ländern für jede Beschäftigung eine Aufenthaltserlaubnis, ausgenommen Leiharbeit, erhalten. Voraussetzungen für eine Aufenthaltserteilung sind, dass ein verbindliches Arbeitsplatzangebot vorliegt und die Personen über ein Visumverfahren unter Einhaltung der visarechtlichen Voraussetzungen einreisen.⁸

Für Personen mit Fluchthintergrund ist der Zugang zum Arbeitsmarkt immer abhängig vom jeweiligen Aufenthaltsstatus und wird im Einzelfall geregelt.

⁵ Dazu zählen die sog. EU-8-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen), die sog. EU-2-Staaten (Bulgarien und Rumänien) und Kroatien.

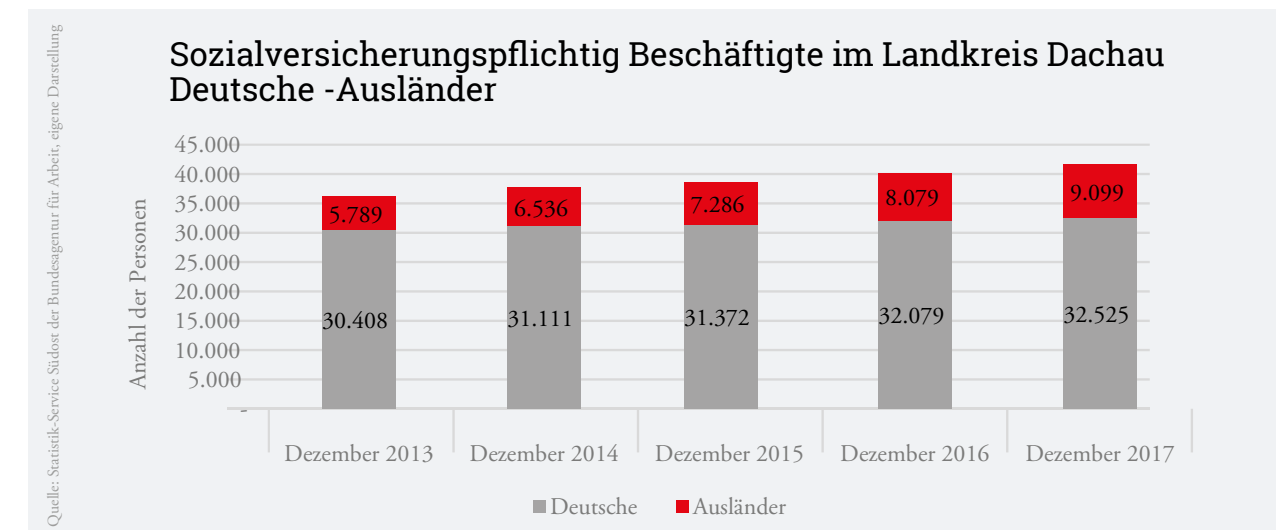
⁶ Gemäß der Arbeitnehmerfreizügigkeit hat jeder Unionsbürger das Recht, ungeachtet seines Wohnortes in jedem Mitgliedstaat, auch wenn er dessen Staatsangehörigkeit nicht besitzt, unter den gleichen Voraussetzungen eine Beschäftigung aufzunehmen und auszuüben wie ein Angehöriger dieses Mitgliedstaates. <http://www.infopoint-europa.de/hintergrundinformationen/freizuegigkeit/>

⁷ Griechenland, Italien Portugal und Spanien (sogenannte GIPS-Staaten)

⁸ Kein Visum erhalten Personen aus diesen Ländern, wenn sie innerhalb von 24 Monaten vor der Stellung des Visumantrages Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Deutschland bezogen haben. Dieses Verbot gilt jedoch nicht für Personen, die nach dem 1. Januar 2015 und vor dem 24. Oktober 2015 einen Asylantrag gestellt hatten, sich am 24. Oktober 2015 gestattet, mit einer Duldung oder als Ausreisepflichtige im Bundesgebiet aufgehalten haben und unverzüglich ausgereist sind: (§ 26 Abs. 2 BeschV).

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die Auswirkung der eben dargestellten Zuwanderung zeigt sich auch anhand der gestiegenen Anzahl von Ausländern in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen (svB) mit einem Arbeitsort im Landkreis Dachau:



Für Dezember 2017 lag der Anteil der svB Ausländer an allen svB Personen bei 21,9 %. Insgesamt sind unter den svB Ausländern 5.816 Männer und 3.283 Frauen. Die Unterteilung nach Anforderungsniveau der Tätigkeit lässt sich folgendermaßen darstellen: Helfer (2.847); Fachkraft / Spezialist / Experte (6.238) und 14 ohne Angabe.

Die fünf häufigsten Staatsangehörigkeiten unter den ausländischen svB sind: Rumänien (1.028), Polen (908), Kroatien (738), Türkei (676), Griechenland (659). Dies entspricht auch den fünf größten im Landkreis lebenden Personengruppen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (siehe S. 8). Der Anteil von Personen aus Balkan- und osteuropäischen Drittstaaten an allen svB Ausländern betrug 15,2% (1386): Albanien (98), Bosnien und Herzegowina (416), Kosovo (378), ehem. jugoslawische Republik Mazedonien (61), Serbien (261), Russische Föderation (86), Ukraine (86). Für Dezember 2017 waren 484 svB aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern gemeldet.

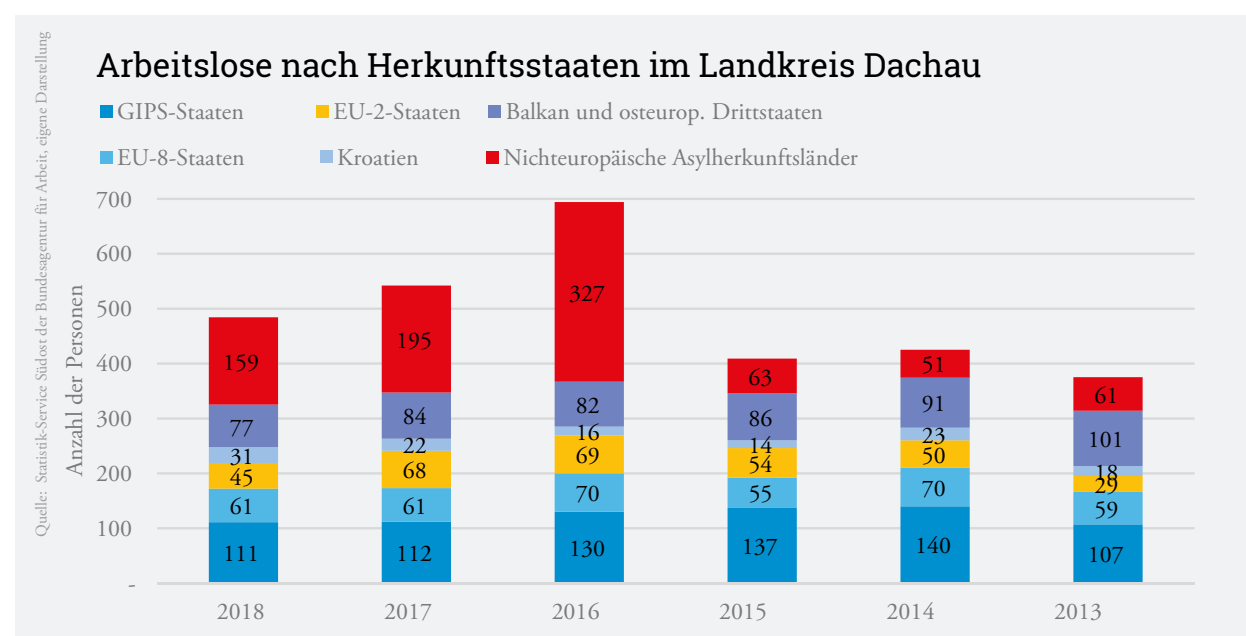
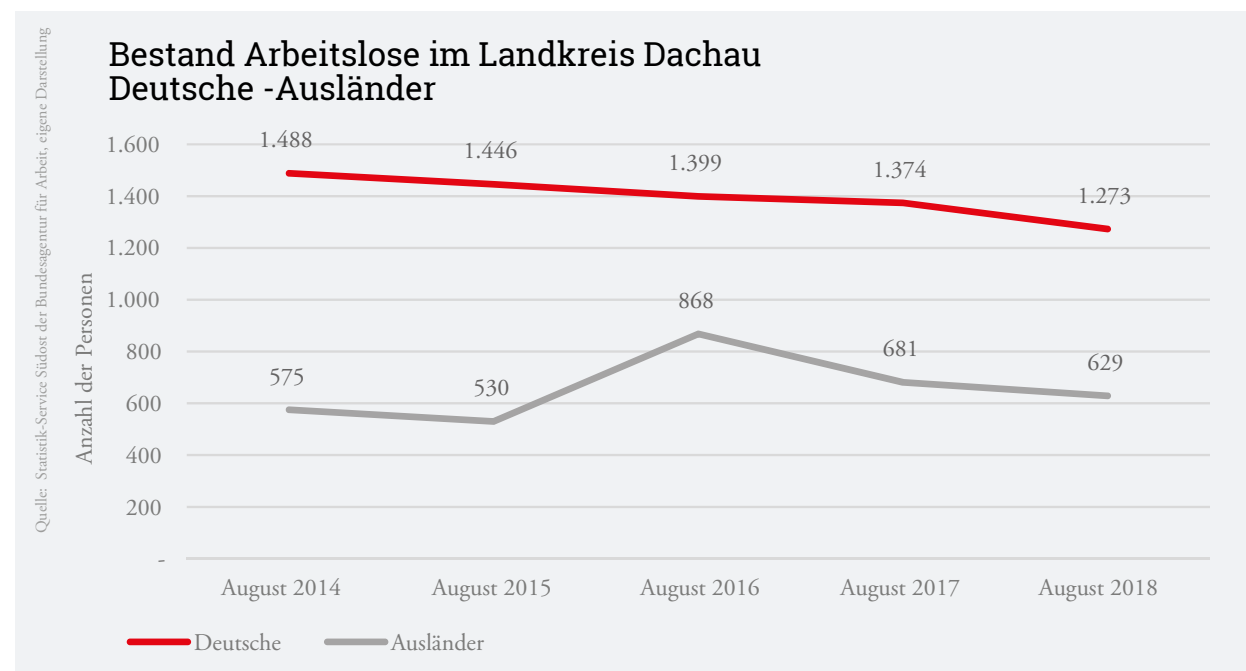
Von Dezember 2017 bis März 2018 ergab sich nach Angaben der Agentur für Arbeit für die Region Dachau das prozentual größte Beschäftigungswachstum im Agenturbezirk Freising. Zum Agenturbezirk Freising zählen neben dem Landkreis Dachau noch die Landkreise Erding, Freising und Ebersberg. Die Anzahl der svB mit einem Arbeitsort im Landkreis ist dabei um 3,3 % bzw. 1.363 Beschäftigte gestiegen. Damit erhöhte sich die Beschäftigtenzahl auf insgesamt 42.205. Für den Anteil svB Ausländer ist in diesem Zeitraum ein Plus von 0,8% zu verzeichnen: Insgesamt sind 9.570 Ausländer sozialversicherungspflichtig beschäftigt (22,7%).

Arbeitslose

Bei der Betrachtung des Zeitraumes 2014 bis 2018 ist ein leichter Anstieg an arbeitslosen Ausländern und gleichzeitig ein leichter Rückgang an arbeitslosen Deutschen zu verzeichnen. Der Anstieg der arbeitslosen Ausländer im Jahr 2016 kann auf die fluchtbedingte Zuwanderung zurückgeführt werden, wie den beiden nachfolgenden Grafiken zu entnehmen ist. Gleichzeitig soll an dieser Stelle erwähnt sein, dass im Vergleichszeitraum auch der Anteil der svB Ausländer gestiegen ist.

⁹ Als „Arbeitslose“ werden Personen definiert, die nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben und

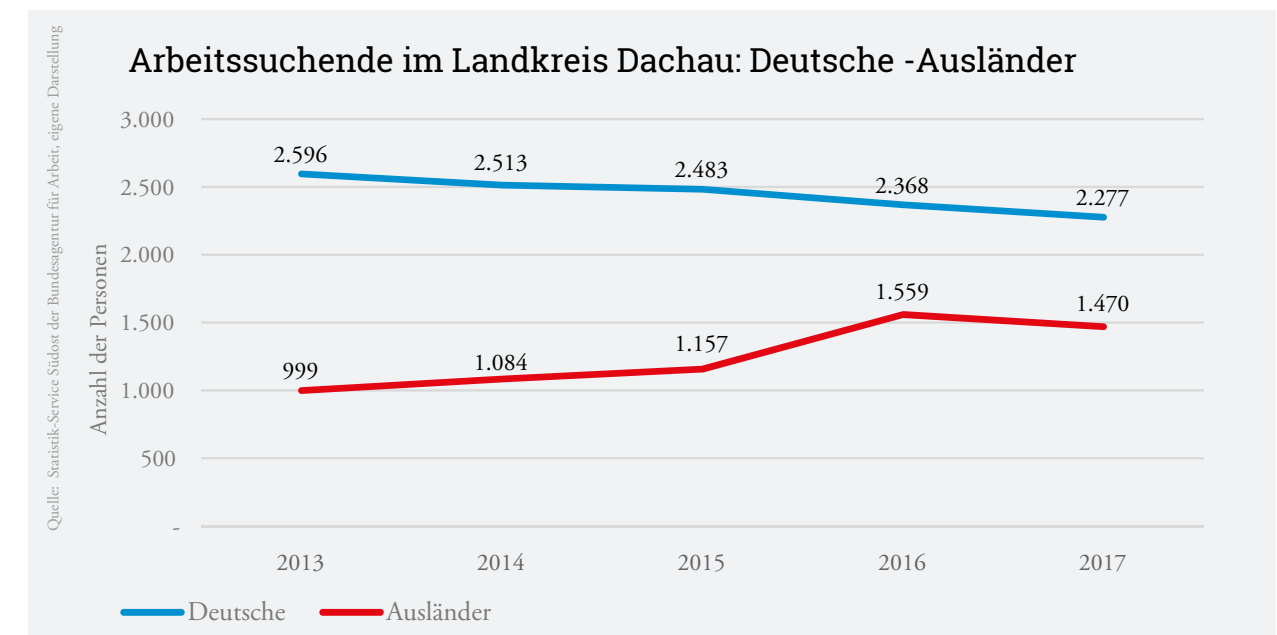
- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur einer Beschäftigung mit weniger als 15 Stunden wöchentlich nachgehen
- eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen
- den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeiten dürfen, arbeitsfähig und -bereit sind (Verfügbarkeit)
- sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben
- nicht Schüler/-innen, Studierende oder Teilnehmer/-innen an beruflichen Bildungsmaßnahmen sind.



Für das Jahr 2018 sind die fünf häufigsten Herkunftsländer der arbeitslosen Ausländer: Türkei, Griechenland, Arabische Republik Syrien, Italien und Irak.

Arbeitssuchende

Bei der Betrachtung der Arbeitssuchenden im Landkreis im Zeitraum von 2013 bis 2017 fällt auf, dass sich der Anteil der Ausländer stetig erhöht hat, während der Anteil der arbeitssuchenden Deutschen leicht zurückgegangen ist:



Zum Stand Dezember 2017 waren unter den arbeitssuchenden Ausländern folgende fünf häufigste Herkunftsländer: Griechenland (123), Türkei (116), Arabische Republik Syrien (115), Italien (108) und Rumänien (98).

Gezielte Integration in den Arbeitsmarkt und berufliche Weiterbildung

Neben der Chance für die deutsche Wirtschaft, dem Fachkräftemangel durch Fachpersonal aus dem Ausland entgegenwirken zu können, steht man jedoch auch vor der Herausforderung, die zugezogenen Personen in den hiesigen Arbeitsmarkt bestmöglich einzubinden und damit gute Entwicklungschancen für die Mitarbeiter zu ermöglichen (Chancengleichheit). Die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit bedeutet zwar rechtlich gesehen eine Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, jedoch ist der Eintritt in ein Beschäftigungsverhältnis bzw. die berufliche Weiterentwicklung nicht barrierefrei. Beispielsweise können fehlende Sprachkenntnisse und kulturelle Unterschiede den Arbeitsalltag erschweren oder auch Diskriminierung nach sich ziehen.

Für den Personenkreis mit Fluchthintergrund gelten andere rechtliche Rahmenbedingungen bezüglich der Arbeitserlaubnis und dem Bleiberecht, die sehr komplex sind. Diese führ(t)en zu Verunsicherungen, sowohl für die Personen selbst als auch für die Unternehmen.

Das Ziel Integration durch Arbeit und Ausbildung erfordert die Kooperation verschiedener regionaler Akteure, z.B. der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, der Kammern, der Berufsschulen, Sprachkursträgern, Ämtern oder Bildungs- und Beratungsstellen. Eine bessere Vernetzung dieser Akteure soll durch die beiden Stellen Bildungskoordination für Neuzugewanderte und Integrationsbeauftragte bewirkt werden.

¹⁰ Arbeitssuchende sind Personen, die eine Beschäftigung als Arbeitnehmer suchen. Dabei ist der Begriff weiter gefasst als der des Arbeitslosen und enthält zusätzlich zu den arbeitslosen Arbeitssuchenden auch die nicht arbeitslosen Arbeitssuchenden.



Ein weiteres wichtiges strategisches Ziel bei der Arbeitsmarktintegration der Neuzugewanderten stellt das Entwickeln eines einheitlichen Beratungsansatzes dar. Hierfür ist eine Maßnahmenkette mit folgenden Bestandteilen notwendig:

- Sprachförderung
- Kompetenzfeststellung, Zertifizierung und Anerkennung von Qualifikationen
- Berufsorientierung
- Integration durch Ausbildung und Arbeit
- Beratungsangebote für die Zielgruppe und für Unternehmen

Für das erfolgreiche Ineinandergreifen dieser verschiedenen Elemente ist eine gemeinsame Informationsgrundlage aller am Prozess beteiligten Akteure erforderlich. Eine bessere Verzahnung der Sprachförderangebote und der Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung ist das Ziel des Pilotprojekts „Regionale Koordinierung der Integrationsförderung“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kooperation mit der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit (siehe dazu auch S. 33).

Einschätzung des Jobcenters zur Integration von Personen mit Fluchthintergrund

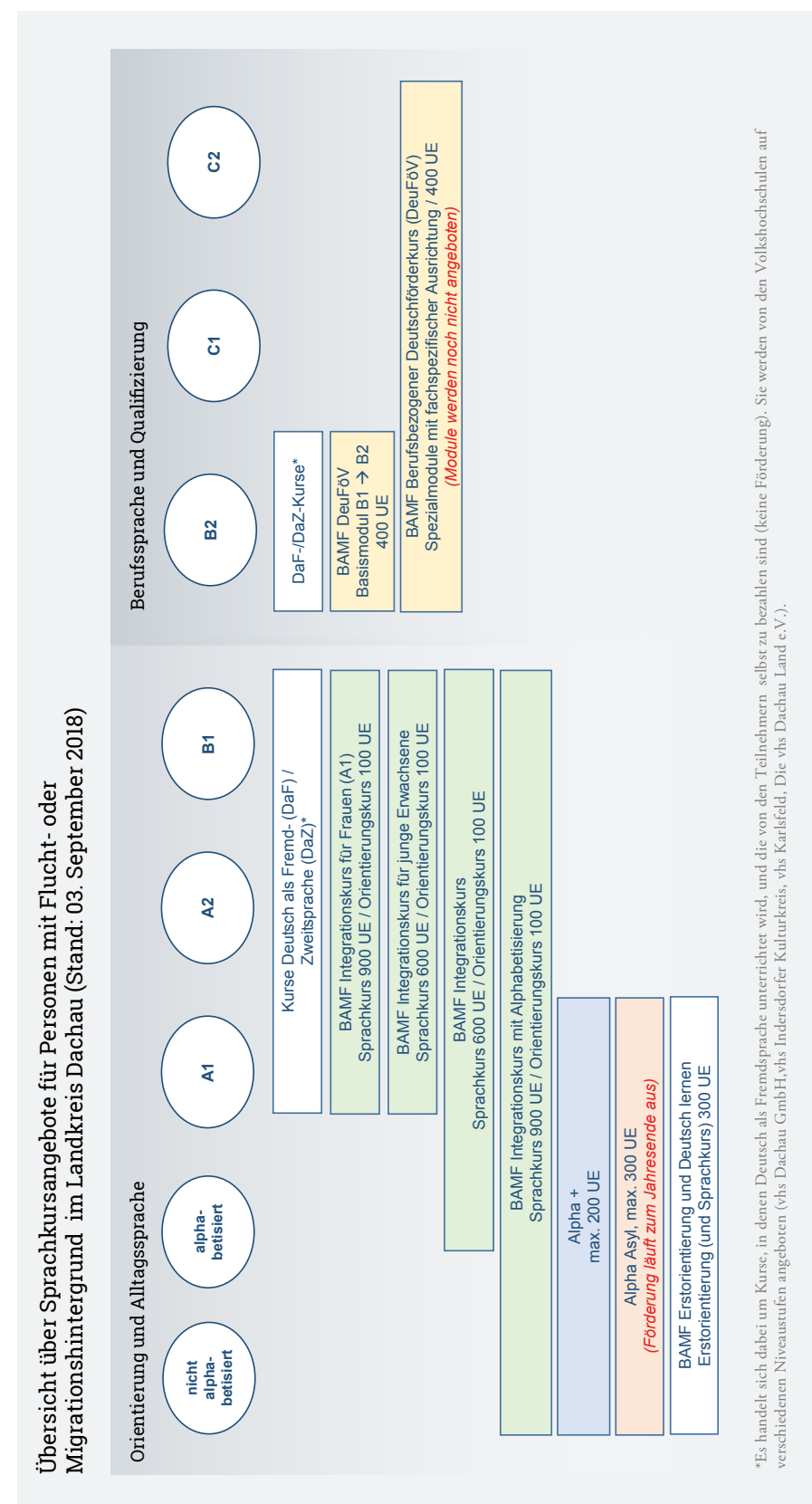
Flüchtlinge, die nach dem Asylverfahren in Deutschland bleiben dürfen, können bei Hilfebedürftigkeit Arbeitslosengeld II durch das Jobcenter erhalten. Neben der Sicherung des Lebensunterhaltes ist die Integration in Arbeit das zentrale Ziel der Jobcenter. Das Jobcenter hat für Leistungsberechtigte mit Fluchthintergrund spezialisierte Vermittler und weitere an die Erfordernisse angepasste Unterstützungsmaßnahmen, zum Beispiel Perspektive für Flüchtlinge.

Viele der in den letzten Jahren nach Dachau zugewanderten Personen konnten bislang von den verschiedenen Unterstützungssystemen zur beruflichen Integration profitieren. Die aktuelle Integrationsquote Flucht liegt bei rund 30 Prozent. Von Jahresbeginn bis August 2018 haben 120 Menschen (Vorjahreszeitraum 70) mit Fluchthintergrund eine Arbeit aufgenommen.

Einerseits ist dies auf die verschiedenen Aktivitäten des Jobcenters Dachau bei der Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz zurückzuführen. Andererseits belegt dies aber auch, dass trotz der Sprachschwierigkeiten und des unterschiedlichen kulturellen Hintergrundes die Motivation, selbst Geld zu verdienen, bei Personen mit Fluchthintergrund sehr groß ist.

SPRACHFÖRDERUNG VON ERWACHSENEN – SPRACHKURSE

Die deutsche Sprache zu lernen ist der wesentliche Schritt zur Integration in Deutschland und die Grundlage für Bildung und Arbeit. Einen Überblick über die Sprachkurse für Personen mit Flucht- und Migrationshintergrund im Landkreis gibt folgende Übersicht. Im Anschluss wird auf die geförderten Kurse genauer eingegangen.




Übersicht über Sprachkursangebote für Personen mit Flucht- oder Migrationshintergrund im Landkreis Dachau (Stand: 03.09.2018)

	BAMF Erstorientierung und Deutsch lernen	Alpha +	Alpha Asyl	BAMF Integrationskurs	BAMF Berufsbezogener Deutschsprachkurs
Zielgruppe	Asylbewerber mit unklarer Bleibeperspektive Ausgeschlossen: Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern	Personen ab 15 Jahren, die erhebliche Defizite in den schriftsprachlichen Kompetenzen und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Bayern haben (bei anerkannten Asylbewerbern seit mind. 2 Jahren) Ausgeschlossen: Teilnahmeberechtigte nach Alpha Asyl	Ausländer ab dem vollendeten 15. Lebensjahr, die leistungsberechtigt nach § 1 AsylbLG sind, sofern sie keinen anderweitigen Zugang zu Alphabetisierungskursen haben und erhebliche Defizite in den schriftsprachlichen Kompetenzen aufweisen Ausgeschlossen: Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern	Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis, Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive, Geduldete*, EU-Bürger und Deutsche mit Migrationshintergrund Ausgeschlossen: Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern	Zuwanderer aus Drittstaaten, EU-Bürger, Geduldete nach § 60a Absatz 2 Satz 3 des AufenthG, Asylbewerber/innen mit einer guten Bleibeperspektive, die • bei der Agentur für Arbeit ausbildungssuchend, arbeitsuchend oder arbeitslos gemeldet sind oder • Leistungen nach dem SGB II beziehen oder • eine sprachliche Qualifizierung im Rahmen der Berufsanerkennung bzw. des Berufszugangs benötigen oder • eine Ausbildung absolvieren • bereits einen Integrationskurs absolviert haben oder über Deutschkenntnisse auf Niveau B1 verfügen (Spezialmodul für Personen vorhanden, die den Integrationskurs absolviert, aber kein B1 erreicht haben) Ausgeschlossen: Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten
Profil	Erstorientierung: Erwerb von landeskundlichem Wissen und einfachen Deutschkenntnissen	Alphabetisierung und Verbesserung der schriftsprachlichen Kompetenzen	Alphabetisierung und Verbesserung der schriftsprachlichen Kompetenzen für Asylsuchende	Vermittlung der deutschen Sprache, Rechtsordnung, Kultur und Geschichte	Allgemeine und auch berufsbezogene Sprachförderung
Umfang	Gesamt 300 UE 6 Module à 50 UE	Bis zu 200 UE	Bis zu 300 UE	• Standard: 600 UE Sprache / 100 UE Orientierung • Spezialkurse (Alpha, Frauen): • 900 Sprache UE / 100 UE Orientierung	• Basismodul B1 à B2: 400 UE • Spezialmodul mit fachspezifischer Ausrichtung: 400 UE
Einstufungstest	entfällt	Ja, zur Ermittlung des Alpha-Levels	Ja, zur Ermittlung des Alpha-Levels	Ja	Ja, wenn B1-Zertifikat nicht vorhanden (oder veraltet)
Wiederholung	keine	Besuch mehrerer Kurse hintereinander möglich		einmalig 300 UE auf Antrag möglich	Einmalig möglich, neue Teilnahmeberechtigung erforderlich
Zertifikat	ohne	ohne	ohne	Prüfung „Deutsch-Test für Zuwanderer“ (DZT) und Leben in Deutschland	Zertifikatsprüfung und -zertifikat für jedes Modul
Kosten	Kostenlos Keine Erstattung der Fahrtkosten	Kostenlos Keine Erstattung der Fahrtkosten	Kostenlos für Teilnehmer Keine Erstattung der Fahrtkosten	Kostenbeitrag 1,95€/UE Kostenbefreiung auf Antrag möglich* Fahrtkostenübernahme möglich*	Kostenbeitrag (50%) für beschäftigte Teilnehmer* Fahrtkostenübernahme möglich*
Berechtigungsschein stellt aus	entfällt	entfällt	entfällt	• Jobcenter • Agentur für Arbeit • BAMF	• Jobcenter • Agentur für Arbeit • BAMF
Anbieter im Landkreis	Bfz Dachau	• Vhs Dachau GmbH • Die vhs Dachau Land e.V. • vhs Indersdorfer Kulturreis	• Vhs Dachau GmbH • Die vhs Dachau Land e.V. <i>Förderung läuft zum Jahresende aus!</i>	• Kurssuche über WebGIS • Vhs Dachau GmbH (Standard & Alpha) • Internationaler Bund e.V. (junge Erwachsene) Hilfe von Mensch zu Mensch e.V. (Frauen)	Internationaler Bund e.V. (B2) Bfz Dachau (B2)

* Detaillierte Informationen sind auf der Seite des BAMF zu finden (ein Klick auf den jeweiligen Kurstitel führt zur entsprechenden Seite).

Erstorientierungskurs

Für Asylbewerber, die weder aus einem Land mit guter Bleibeperspektive noch aus einem sicheren Herkunftsland stammen, gibt es den Erstorientierungskurs. Er soll eine erste sprachliche sowie gesellschaftliche Orientierung in Deutschland ermöglichen, vertiefte Sprachkenntnisse können dadurch nicht erworben werden. Der Kurs umfasst 300 Unterrichtsstunden, die Teilnahme ist freiwillig und kostenfrei. Die Fahrtkosten müssen von den Teilnehmern selbst getragen werden, was für Asylbewerber aus ländlicheren Gebieten des Landkreises die Teilnahmemöglichkeit äußerst stark einschränkt. 

Für Asylbewerber aus sog. sicheren Herkunftsländern gibt es kein (gefördertes) Deutschkursangebot. Sie sind zum Erwerb bzw. zur Verbesserung der Deutschkenntnisse auf ehrenamtliche Angebote angewiesen. Für Personen mit Duldung ist die Teilnahme an geförderten Kursen je nach vorliegendem Grund der Duldung eingeschränkt.

Kurse „Alpha+ Besser lesen und schreiben“ & „Alpha Asyl“

Alpha Asyl ist ein Kurs, der aus Landesmitteln durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus finanziert wird. Bis zum Ende des Jahres 2018 stehen die Mittel für Alphabetisierungskurse für Asylsuchende bereit. Die Kurse richten sich an Personen, die leistungsberechtigt nach §1 des Asylbewerberleistungsgesetzes sind und (noch) keinen Zugang zu Integrationskursen haben; Personen aus sicheren Herkunftsstaaten sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Die Teilnahme am Kurs ist kostenlos, ggf. entstehende Fahrtkosten werden nicht übernommen. Die Anzahl von Alpha Asyl Kursen ist mit den zurück gegangenen Flüchtlingszahlen ebenfalls zurückgegangen, es finden derzeit kaum noch Kurse statt.

Alpha+ ist wie auch Alpha Asyl ein durch Landesmittel finanzierter Kurs, bei dem keine Teilnahmegebühren entstehen. Eine Übernahme ggf. entstehender Fahrtkosten ist nicht möglich. Zielgruppe des Projekts sind Personen ab dem vollendeten 15. Lebensjahr mit erheblichen Defiziten in den schriftsprachlichen Kompetenzen. Der Kurs soll mit einem hohen Lebens- und Arbeitsweltbezug die Lese- und Schreibfähigkeit der Teilnehmenden verbessern und kann auch Einheiten zum Ausgleich von Grundbildungsdefiziten im mathematischen und wirtschaftlichen Bereich enthalten.

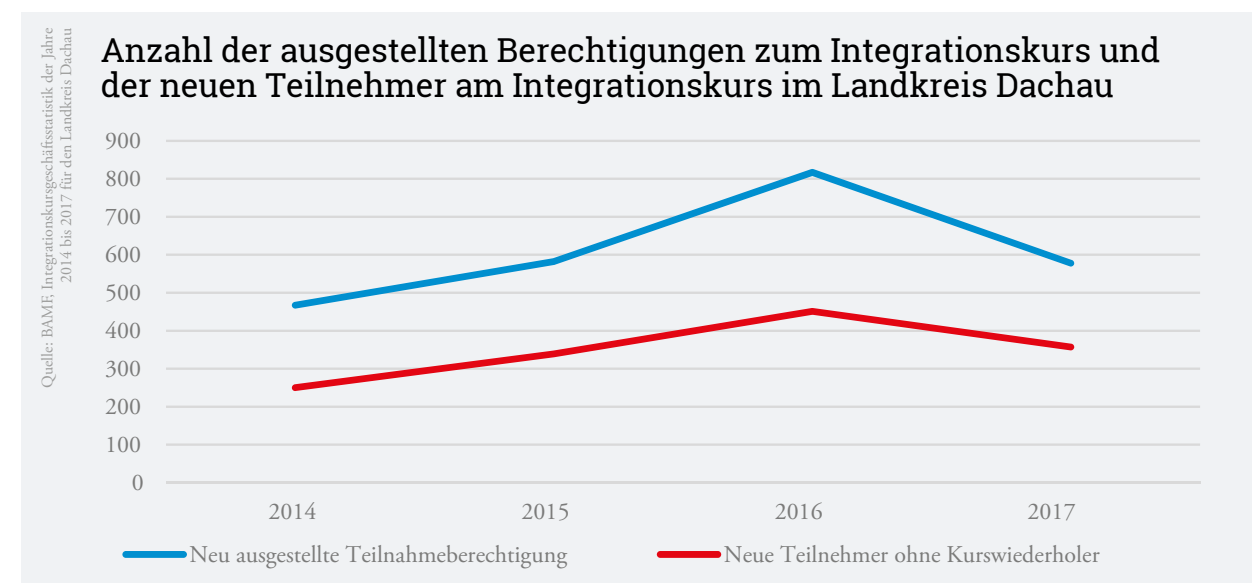
Alpha+ Kurse bieten eine gute Möglichkeit für (europäische) Zuwanderer, die deutsche Sprache zu erwerben bzw. zu verbessern. Sie stehen jedoch auch deutschen Staatsangehörigen offen. Die Nachfrage liegt derzeit noch unter dem vermuteten Bedarf. Dies kann mehrere Gründe haben: Scheu, einen solchen Kurs nachzufragen, keine Notwendigkeit, sein Deutsch zu verbessern, Kinderbetreuung, geringer Bekanntheitsgrad der Kurse etc. Um die Zielgruppe Frauen besser zu erreichen, entstand die Überlegung, diese Sprachkurse in den Betreuungseinrichtungen der Kinder anzubieten. Über die pädagogischen Fachkräfte ist der Zugang zu den Eltern vorhanden und eine Ansprache möglich, außerdem ist die Betreuung der Kinder gewährleistet. Es finden derzeit erste Gespräche von der Bildungskoordination für Neuzugewanderte und den Anbietern der Alpha+ Kurse mit Leitungen von interessierten Kindertageseinrichtungen statt. Wenn erste Pilotkurse anlaufen und sich bewähren, sollte dieser Ansatz intensiviert und auch auf Schulen übertragen werden.

Integrationskurs

Der Integrationskurs ist das zentrale Sprachkursangebot des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Er soll die deutsche Sprache vermitteln und auf das Leben in Deutschland vorbereiten. Der Kurs besteht demzufolge aus zwei Teilen: Der Sprachkurs dauert i.d.R. 700 Stunden (bei speziellen Kursarten bis zu 1000) und schließt mit der Prüfung „Deutsch-Test für Zuwanderer“ auf B1-Niveau ab. Der Orientierungskurs dauert 100 Stunden und beinhaltet die Themen deutsche Rechtsordnung, Geschichte

und Kultur, Rechte und Pflichten in Deutschland, Formen des Zusammenlebens in der Gesellschaft sowie Werte in Deutschland. Am Ende legen die Teilnehmer die Prüfung „Leben in Deutschland“ ab. Werden beide Teile erfolgreich absolviert, erhalten die Teilnehmer ein Zertifikat, das unter anderem Voraussetzung für eine Niederlassungserlaubnis oder Einbürgerung ist. Teilnahmeberechtigungen können je nach Personengruppe von der Ausländerbehörde, den Trägern der Grundsicherung (insb. Jobcenter), dem Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgestellt werden. Mit dem Ausstellen einer Teilnahmeberechtigung kann gleichzeitig die Teilnahmeverpflichtung einhergehen, z.B. bei Personen, die ihre Aufenthaltserlaubnis nach dem 1. Januar 2005 bekommen haben, sich aber nicht auf ausreichende Art und Weise auf Deutsch verständigen können oder Personen, die Arbeitslosengeld II erhalten und von der Stelle zur Integrationskursteilnahme aufgefordert werden.

Folgende Abbildung zeigt, wie viele Teilnahmeberechtigungen für den Integrationskurs im Landkreis in einem Jahr neu ausgestellt wurden und wie viele neue Teilnehmer (ohne Kurswiederholer) es im jeweiligen Jahr gab. Zu beachten ist dabei, dass die Personen, die im Landkreis wohnen und einen Integrationskurs in München besuchen, nicht zur Statistik des Landkreises hinzugezählt werden. Aus diesem Grund liegt die Teilnehmerzahl auch stets unter der Zahl der ausgestellten Teilnahmeberechtigungen.



Berufsbezogene Deutschsprachförderung

Mit der Berufsbezogenen Deutschsprachförderung hat das BAMF ein Angebot auf Ebene der Berufssprache und Qualifizierung entwickelt. Es setzt am Sprachlevel B1 an, das mit dem erfolgreichen Bestehen des Integrationskurses erreicht werden soll. Teilnehmen können Zuwanderer aus Drittstaaten, EU-Bürger, Geduldete nach § 60a Absatz 2 Satz 3 des AufenthG und Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive, die bereits einen Integrationskurs absolviert haben oder über Deutschkenntnisse auf Niveau B1 verfügen und

- bei der Agentur für Arbeit ausbildungssuchend, arbeitsuchend oder arbeitslos gemeldet sind oder
- Leistungen nach dem SGB II beziehen oder
- eine sprachliche Qualifizierung im Rahmen der Berufsanerkennung bzw. des Berufszugangs benötigen oder
- eine Ausbildung absolvieren.

Es gibt Basismodule, die einen Spracherwerb bis zu C2 ermöglichen, sowie fachspezifische Module und Spezialmodule für Personen, die nach dem Besuch des Integrationskurses noch kein B1-Niveau aufweisen.

Dass ein solches Modul sinnvoll ist, zeigt der Anteil der Personen, der im Jahr 2017 bei der Abschlussprüfung des Integrationskurses das angestrebte B1-Niveau erreicht hat. Auf Bundesebene waren dies 51,6%. Knapp die Hälfte der Teilnehmer erreichte somit ein geringeres Sprachlevel, davon 39,3% A2 und 9,5% ein Niveau unter A2 (BAMF, 2017).

Spezialmodule werden im Landkreis bislang (noch) nicht angeboten, da in der Regel keine ausreichende Anzahl von Teilnehmern mit den gleichen Voraussetzungen vorhanden ist (gleiches Sprachniveau, ggf. gleiche Fachrichtung, gleiche Arbeitszeiten bzw. zeitliche Verfügbarkeit).

Netzwerkarbeit im Bereich Sprachkurse

Durch die Bildungskoordination für Neuzugewanderte wurde im Oktober 2017 das Netzwerk Sprache ins Leben gerufen und damit die regelmäßige Vernetzung der Sprachkursträger im Landkreis aktiviert und institutionalisiert. Vierteljährlich treffen sich die im Landkreis vorhandenen Anbieter von Sprachkursen mit Vertretern von Jobcenter, Agentur für Arbeit, Ausländeramt, Berufsschule, Flüchtlings- und Integrationsberatung, Helferkreisen und der Integrationsbeauftragte des Landkreises sowie den Integrationsfachkräften der Stadt Dachau um sich auszutauschen, das Angebot auf den Bedarf abzustimmen und Lösungen für aktuelle Bedarfe zu entwickeln. Auf diesem Weg ist beispielsweise die abgebildete Übersicht über die vorhandenen Sprachkurse im Landkreis entstanden.

Austausch und Abstimmung ist dadurch zwar unter den Anbietern von Sprachkursen im Landkreis gegeben, jedoch fehlt für eine konkrete Steuerung und auf zukünftige Bedarfe ausgerichtete Planung der Sprachkursangebote (und auch weiterer Bildungsmaßnahmen) eine entsprechende Datengrundlage. Gewissen Herausforderungen und Bedarfen, z.B. flexible Sprachkursangebote für Arbeitnehmer (im Schichtdienst), kursbegleitende Kinderbetreuung oder Deutschkurse vor Ort, kann bislang nur punktuell begegnet werden.

Zur Verbesserung der Datenlage ist die frühzeitige und zentrale Erfassung der Sprachkenntnisse und Bildungserfahrungen von neuzugewanderten Personen in einer sog. Clearing-Stelle wichtig. Auf diesem Weg könnten Bildungseinrichtungen die erforderlichen Daten erhalten, um das Angebot auf den tatsächlichen Bedarf auszurichten. Zwar erfolgt eine Erfassung der Sprachkenntnisse und/oder weiterer Kompetenzen von Neuzugewanderten an unterschiedlichen Stellen, dennoch fehlt ein Gesamtüberblick, insbesondere darüber, über welche Sprachkenntnisse die Neuzugewanderten zu Beginn oder auch im weiteren Verlauf ihres Aufenthalts verfügen.

In einer Clearing-Stelle könnte zuerst der Sprachstand mittels eines einheitlichen Einstufungstests ermittelt und die Person darauf aufbauend beraten werden. Auch eine Zuleitung in Kurse wäre denkbar, wenn die Stelle als zentraler Anlaufpunkt zum Thema Deutschlernen von allen Zugewanderten und zu jedem Zeitpunkt aufgesucht werden könnte und somit die Bedarfe an einer Stelle gesammelt werden.

An dieser Stelle sei auf das Modellvorhaben „Regionale Koordinierung der Integrationsförderung“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kooperation mit der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit verwiesen. Von August 2017 bis Juli 2018 wurden in fünf bayerischen Landkreisen und zwei kreisfreien Städten Wege erprobt, wie der Zugang zu Integrationskursen, der Übergang zur berufsbezogenen Sprachförderung und in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung mit der Einmündung in Ausbildung oder Arbeit besser gelingen kann und wie die regionalen Akteure innerhalb dieser Aufgabe zusammenarbeiten müssen. Dem Abschlussbericht zufolge trägt u.a. eine gemeinsame Datenbasis zum Gelingen der regionalen Koordinierung bei. Die genaueren Ergebnisse des Modellprojekts werden erst noch kommuniziert (BAMF, 2018b).

ERWACHSENENBILDUNG

Erwachsenenbildung (oder auch Weiterbildung) wird definiert als „Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase“ (Deutscher Bildungsrat 1970, S. 197). Klassische Anbieter der allgemeinen Erwachsenenbildung sind die Volkshochschulen. In der Stadt Dachau gibt es die Volkshochschule Dachau GmbH sowie zwölf kleinere Volkshochschulen im Landkreis, wovon zehn im Verbund vhs Dachau Land e.V. organisiert sind. Daneben gibt es im Landkreis noch kirchliche Träger der Erwachsenenbildung wie das Dachauer Forum oder den Petersberg. Die meisten Angebote der allgemeinen Erwachsenenbildung stehen prinzipiell allen Personen, auch Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, offen. Neben diesen allgemeinen Angeboten, wie Kurse, Vorträge, Führungen o.Ä., gibt es auch Angebote, die sich explizit an Geflüchtete oder Migranten richten, z.B. der interkulturelle Asyl-Chor der Vhs Bergkirchen unter Mitwirkung des Helferkreises Bergkirchen. Informelles Lernen, was so viel wie freies Lernen bedeutet, das beiläufig und nicht anhand eines festen Kursplans oder anhand festgelegter Inhalte erfolgt (GIZ, 2018), hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Hierzu zählen beispielsweise auch Angebote der Begegnung, wie sie häufig durch Helferkreise initiiert werden oder z.B. beim Bürgertreff Dachau Ost zu finden sind (z.B. Frauen- und Näh-Café).



Wie im Abschnitt zu den ehrenamtlichen Bildungs- und Unterstützungsangeboten aufgezeigt wird, ergeben sich aus den Handlungsfeldern der Ehrenamtlichen mögliche Ansatzpunkte und Themen für die Erwachsenenbildung. Auch das deutsche Rechtssystem oder der Umgang mit Computern und das digitale Lernen wurden als wichtige Themen für Personen mit Fluchthintergrund genannt. Hier gilt es die bereits vorhandenen ehrenamtlichen Ansätze zu stärken, ggf. zu koordinieren sowie durch professionelle Angebote zu ergänzen.



Generell ist eine genauere Analyse des Handlungsfeldes Erwachsenenbildung durch die Bildungskoordination für Neuzugewanderte und das zukünftige Bildungsmanagement / Bildungsmonitoring erforderlich.

Elternbildung als spezielle Form der allgemeinen Erwachsenenbildung

Im Folgenden soll auf die Eltern- und Familienbildung als eine spezielle Form der Erwachsenenbildung, die sich an Familien und Eltern richtet und zum Ziel hat, sie in ihren Erziehungsaufgaben und bei der sinnvollen Gestaltung des Familienalltags zu unterstützen, näher eingegangen werden (BMFSFJ, 2018). Geflüchtete und zugewanderte Familien sind bei der Kindererziehung oftmals mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert (z.B. anderes Verständnis von Erziehung, durch die Flucht oder Migration wegfallende Verwandtschafts- und Familienstrukturen, psychische Belastung oder Traumatisierung der Familienmitglieder, finanzielle und rechtliche Unsicherheit etc.), wodurch die Notwendigkeit solcher Angebote abgeleitet werden kann. Beispielhaft werden nachfolgend ausgewählte Maßnahmen und Projekte aus diesem Bereich vorgestellt.



Bei der Elternbildung wie auch bei der Erwachsenenbildung generell haben sich sehr niedrigschwellige Angebote bewährt, z.B. eine persönliche Ansprache der potentiellen Teilnehmer, Dolmetscher, die Möglichkeit die Kinder mitzubringen etc. Dies erfordert jedoch mehr personelle und zeitliche Ressourcen sowie idealerweise die Einbindung von muttersprachlichen Multiplikatoren und/oder Dolmetschern.



Als ein Thema, zu dem Informationsbedarf herrscht, hat sich das deutsche Bildungs- und Schulsystem herausgestellt. Dieses unterscheidet sich je nach Herkunft der Eltern oftmals grundlegend von dem ihnen bekannten System. Zudem können auch die Erwartungen, die an Eltern im Kontext von Erziehung und Schule gestellt werden, neuzugewanderten Eltern unbekannt sein. Punktuell wird dieses Thema bereits in verschiedenen Formen behandelt, z.B. im Rahmen des Frauen-Integrationskurses oder beim internationalen Frauenfrühstück. Von der Bildungskoordination für Neuzugewanderte ist geplant, diese Ansätze

aufzugreifen und in Kooperation mit diesen Stellen sowie mit Kitas und Schulen Informationsformate zu entwickeln.

Ab Herbst soll im Landkreis ein Kurs stattfinden, dessen erstes Modul sich der Kindererziehung widmet. Er wird aus Landesmitteln finanziert und richtet sich an Frauen mit Migrationshintergrund sowie Asylbewerberinnen mit guter Bleibeperspektive.

Eltern-Kind-Gruppen / Baby-Treff o.Ä.

- Was? Gemeinsames Spielen, Singen, Malen etc.
- Warum? Förderung der kindlichen Entwicklung, Information & Vernetzung der Eltern
- Für wen? offen für alle Eltern, Zuschuss für Eltern mit Fluchthintergrund bei EKP-Gruppen des Dachauer Forums möglich
- Wer? u.a. Dachauer Forum, Kirchen, Dachau Ost, AK Asyl Dachau

Internationales Frauenfrühstück

- Was? Gemeinsames Frühstück; Informationen zu bestimmten Thema, oftmals mit Referent, z.B. zu Kita-Anmeldung oder Förderschule
- Warum? Vernetzung der Frauen, Informationsvermittlung
- Für wen? Frauen jeden Alters und jeder Herkunft (mit Kindern)
- Wer? Migrationsberatung der Caritas

Frauen unterwegs

- Was? Unternehmungen von (neuzugewanderten) Frauen und Kindern
- Warum? Austausch und Vernetzung der Frauen; Ermöglichung von gemeinsamen Unternehmungen für Frauen und Kinder; Aufzeigen und Heranführen an verschiedene Freizeitmöglichkeiten
- Für wen? (neuzugewanderte) Frauen und ihre Kinder
- Wer? AWO – Interkultureller Dialog

EHRENAMTLICHE UNTERSTÜTZUNGS- UND BILDUNGSANGEBOTE

In Bezug auf das Thema Integration muss das Engagement der Ehrenamtlichen erwähnt werden. Als im Jahr 2015 eine große Anzahl von Geflüchteten nach Deutschland und auch in den Landkreis Dachau kam, hat sich die enorme Hilfsbereitschaft und das Engagement der Landkreisbürger gezeigt. Sie tragen durch vielfältige Aktivitäten – sei es die Hilfestellung bei Behördenangelegenheiten, ehrenamtlich durchgeführtem Deutschunterricht oder gemeinsamen sportlichen Aktivitäten – maßgeblich zur Integration der Geflüchteten im Landkreis bei.

Es gibt unterschiedliche Formen und Möglichkeiten, um zugewanderten oder geflüchteten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu helfen. Angebote von Ehrenamtlichen findet man in der Regel bei:

- Kirchen
- Schulen
- Wohlfahrtsverbänden
- (Sport-)Vereinen
- in Form von selbst gegründeten Initiativen oder Vereinen (Helferkreise)

Ehrenamtliches Engagement von zugewanderten Menschen

Auch Migranten bzw. Geflüchtete selbst engagieren sich für ihre Mitmenschen, helfen ihnen bei der Integration und/oder sensibilisieren die Landkreisbevölkerung für dieses wichtige Thema. An dieser Stelle sollen stellvertretend zwei Projekte erwähnt und kurz dargestellt werden:

Integration mit Augenmaß (IMA)

„Integration mit Augenmaß“ ist ein Ehrenamtsprojekt, das vom Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement des Landratsamtes ausgeht. In einer Entwickler-Gruppe engagieren sich Personen mit und ohne Migrationshintergrund und kreieren kleinere und größere Projekte aus der Perspektive der Zielgruppe. Über das gemeinsame Tun verstärken sich die Beziehungen und Kontakte regional. Freiwilliges Engagement versteht sich hier als wichtiger Faktor, der ein gemeinsames Verständnis von Zusammenleben wachsen lässt.

Kulturdolmetscher

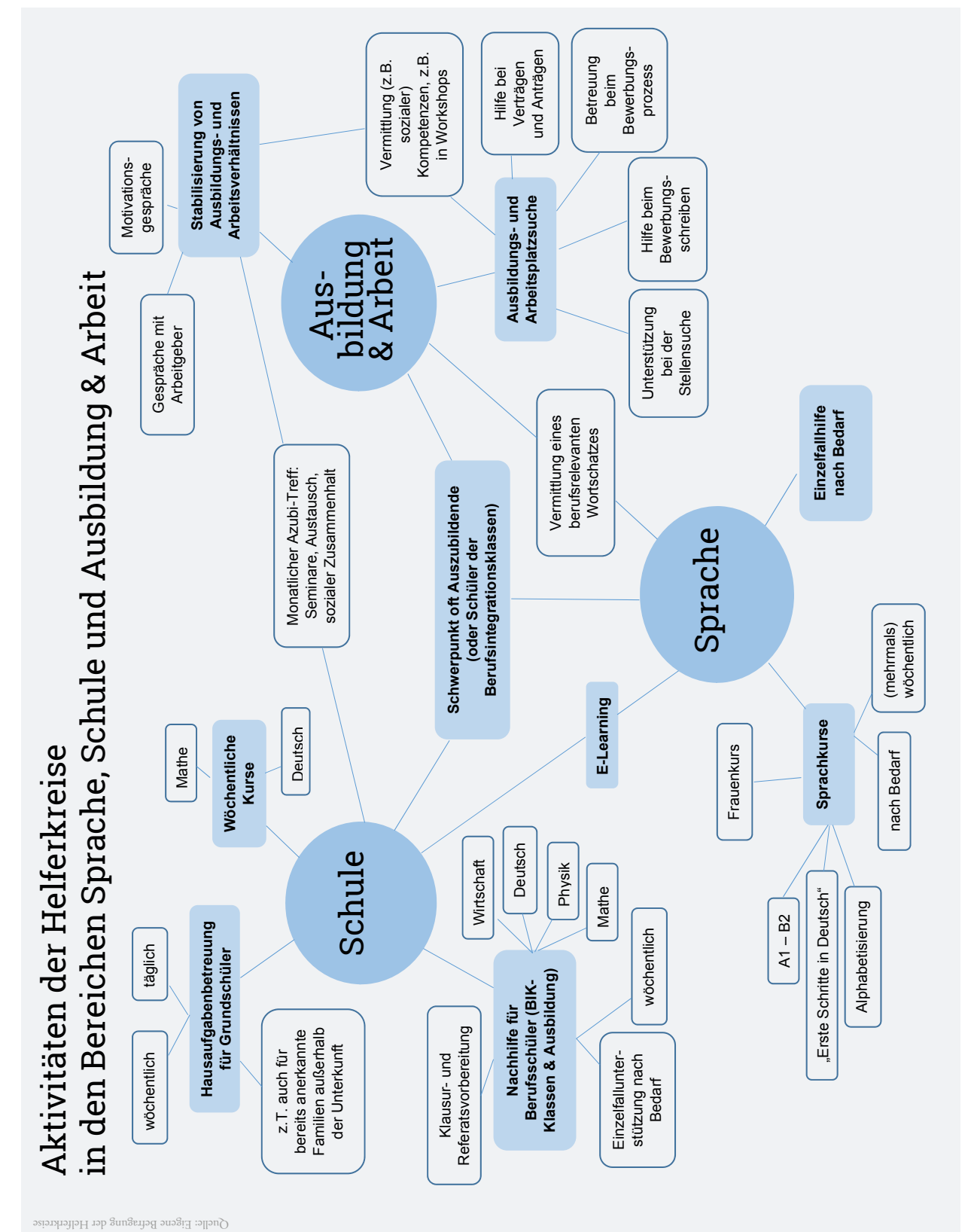
Kulturdolmetscher sind Personen, die selbst einen Migrations- oder Fluchthintergrund haben und „eine Brücke zwischen den Kulturen bauen wollen“. Sie absolvieren einen Qualifizierungskurs beim Dachauer Forum und setzen sich dabei mit Themen wie Kommunikation und Sprache, Familie und Werte, aber auch der eigenen Rolle und den Grenzen des Ehrenamts auseinander. In einer Praxiserfahrung werden sie auf die Aufgabe als Kulturdolmetscher vorbereitet. Sie begleiten danach Menschen aus ihrem Kulturkreis zu sozialen Diensten oder Behörden, erklären kulturelle Hintergründe und Unterschiede und erleichtern somit das gegenseitige Verständnis. Kulturdolmetscher können von Einrichtungen angefragt werden, die Caritas vermittelt und koordiniert dabei die Einsätze.

Handlungsfelder und Aktivitäten der Helferkreise

Für den vorliegenden Bericht wurden die Ehrenamtlichen in Helferkreisen zu ihrem Engagement per E-Mail befragt. Es wurde erfasst, wie viele Personen sich aktiv im Helferkreis engagieren, welche Aktivitäten in den Bereichen Sprache, Schule, Ausbildung & Arbeit durchgeführt werden und in welchen weiteren Handlungsfeldern die Ehrenamtlichen aktiv sind.

Von den insgesamt 16 Helferkreisen im Landkreis liegen von 10 Rückmeldungen vor. In diesen sind derzeit noch ca. 270 Helfer aktiv. Viele Koordinatoren berichten, dass die Anzahl der Helfer seit 2016/2017 deutlich zurückgegangen ist und führen dies vor allem darauf zurück, dass dieses Ehrenamt sehr zeitintensiv und aufgrund der rechtlichen Situation der Asylbewerber oft auch persönlich sehr belastend ist.

Die Grafik zeigt die vielfältigen Aktivitäten der Helferkreise in den Bereichen Sprache, Schule und Ausbildung & Arbeit. Deutlich wurde in den Schilderungen, dass sich – insbesondere in kleineren Gemeinden mit weniger Asylbewerbern und weniger Helfern – die Unterstützung verlagert hat:







So fanden in den Jahren 2015 und 2016 verstärkt Deutschkurse für Gruppen statt, inzwischen ist die Einzelfallunterstützung häufiger. Nichtsdestotrotz gibt es nach wie vor Deutschkurse, die beispielsweise in Dachau durch den AK Asyl mehrmals wöchentlich für verschiedene Niveau- bzw. Zielgruppen angeboten werden. Auch in Bezug auf das Handlungsfeld „Arbeit“ hat sich die Unterstützung etwas verändert: Ging es zu Beginn fast ausschließlich um die Hilfe bei der Suche nach einer Arbeits- oder Ausbildungsstelle, ist mit der Zeit die Stabilisierung von Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen wichtiger geworden, sei es durch Nachhilfeunterricht, Hilfe bei der Suche nach Unterstützungsmöglichkeiten und Gesprächen mit den Arbeitgebern. Als Beispiel sei hier ein monatlicher Azubi-Treff genannt, der zusammen von Unterstützern aus verschiedenen Helferkreisen in Zusammenarbeit mit einer Kirche angeboten wird. Er dient dem Austausch und dem sozialen Zusammenhalt der Azubis und findet zu verschiedenen Themen statt. Nach Bedarf und Möglichkeit werden zu den Treffen Seminare organisiert, so gab es beispielsweise ein Seminar zum Thema Lernblockaden mit einem Mental Coach.

Um das Bild zu ergänzen wurden die Helferkreise zudem gefragt, in welchen weiteren Bereichen sie tätig sind. Die Antworten wurden zusammengefasst und in eine Rangfolge gebracht, je nachdem wie häufig sie genannt wurden. Größer dargestellte Handlungsfelder wurden demnach von mehr Helferkreisen genannt als Bereiche, die kleiner dargestellt sind. Hierbei muss jedoch angemerkt werden, dass eine trennscharfe Unterteilung bzw. Zuordnung nicht immer möglich war: Die zum Beispiel von einigen Helferkreisen genannte Lotsentätigkeit bedeutet die individuelle Unterstützung einer Person bzw. Familie und kann somit alle genannten Handlungsfelder umfassen. Mit der Darstellung soll demnach ein Eindruck der vielfältigen Tätigkeiten der Ehrenamtlichen vermittelt werden.



Generell lässt sich feststellen, dass es fast keinen Lebensbereich gibt, in dem nicht Unterstützung angeboten wird. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass sich der Umfang und die Art der Unterstützung von Helferkreis zu Helferkreis unterscheiden. Dies hängt sowohl von den Bewohnern der Unterkunft (Anzahl, Alter und persönliche Situation, wie z.B. rechtliche Lage, Aufenthaltsdauer in Deutschland, Erwerbstätigkeit etc.) als auch von (der Anzahl) der Ehrenamtlichen ab. Aus den aufgezeigten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Rückmeldungen der Ehrenamtlichen lassen sich aus Sicht der Bildungscoordination folgende Dinge ableiten:

1. Ehrenamtliche benötigen Entlastung, da sie oftmals über lange Zeit eine persönliche Betreuung der Asylbewerber leisten und zum Teil Aufgaben von professionellen Diensten übernehmen, wie z.B. Sprachkurse, Arbeitsvermittlung oder Flüchtlingsberatung. Zudem fangen sie durch eigene Angebote auch Angebotslücken auf, beispielsweise Deutschkurse oder Beschäftigungsangebote für Asylbewerber, die aufgrund ihres rechtlichen Status sonst keinen Zugang zu Arbeit oder geförderten Sprachkursen haben, oder bedarfsgerechte Nachhilfe für Berufsschüler und Auszubildende. 
2. Es zeigt sich Bedarf an Angeboten der Erwachsenenbildung, die das alltägliche Leben und seine Anforderungen aufgreifen und thematisieren. So wären beispielsweise Formate wie Formularcoaching denkbar und sinnvoll. 
3. Den Rückmeldungen der Ehrenamtlichen zufolge besteht der größte Handlungsbedarf in Bezug auf die Auszubildenden, die sowohl in sprachlicher als auch in fachlicher Hinsicht Unterstützung benötigen. An dieser Stelle sei auf die in der vorliegenden Arbeit bereits genannten Herausforderungen und Handlungsempfehlungen verwiesen und zusätzlich eine weitere genannt: Offene Lernwerkstätten könnten eine Anlaufstelle für Azubis und ggf. auch andere Schüler sein, um Anleitung und Hilfestellung in theoretischen Fächern zu erhalten. Durch das gezielte Anwerben weiterer Ehrenamtlicher, idealerweise mit eigener Handwerksausbildung, könnten zudem auch fachliche und praktische Unterstützung geleistet werden. 


ZUSAMMENFASSUNG

Zuwanderung

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist im Landkreis Dachau in den letzten sechs Jahren um 6,3% gestiegen und beträgt derzeit 16,5%. Sowohl die Mehrheit der Neuzugewanderten als auch die große Gesamtheit der ausländischen Bevölkerung kommt dabei aus dem EU-Ausland (62,1%) und ist im erwerbsfähigen Alter.

Im Gegensatz zu den Jahren 2015 und 2016 ist die Anzahl der Asylbewerber deutlich zurückgegangen. Im Landkreis befinden sich derzeit 508 Personen im laufenden Verfahren, die meisten kommen aus Nigeria, Afghanistan, Pakistan, Sierra Leone und Mali. 294 Personen haben eine Duldung, ihre Abschiebung wird also „vorübergehend ausgesetzt“. Außerdem leben 360 sog. Fehlbeleger (Personen mit einer Anerkennung) sowie 34 nachgezogene Familienmitglieder in den Asylunterkünften, da sie keine eigene Wohnung finden.

Frühkindliche Betreuung und Bildung

Im Landkreis hat sich die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen von 854 Kinder im Jahr 2011 auf 1.670 Kinder im Jahr 2017 fast verdoppelt. Die Anzahl aller betreuten Kinder ist in dieser Zeit um ein Viertel auf insgesamt 7.736 Kinder angestiegen. Zwar bedeutet ein vorliegender Migrationshintergrund nicht automatisch, dass das Kind die deutsche Sprache nicht beherrscht. Auf Grundlage der Daten kann aber davon ausgegangen werden, dass in den Einrichtungen im Landkreis zunehmend mehr Kinder betreut werden, die wenig bis kaum Deutsch sprechen und eine entsprechende sprachliche Förderung benötigen. Diese im vollen und erforderlichen Umfang zu gewährleisten ist aufgrund der Fachkräftesituation in den Kitas schwierig. Hinzu kommt, dass in der Regel weniger Stunden für die Deutschsprachförderung an Grund- und Mittelschulen, die auch den schulischen Anteil des Vorkurses Deutsch 240 umfasst, zugewiesen werden als gewünscht. Eine Aufstockung des Stundenkontingents für die Deutschsprachförderung durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus wäre wünschenswert, diese ist jedoch an die Anzahl der im Freistaat zur Verfügung stehenden Grundschullehrer gekoppelt. Unabhängig davon wäre eine Unterstützung der Kindertageseinrichtungen bei der Sprachförderung durch die Träger hilfreich, z.B. durch Fortbildungen.

Die gestiegene Anzahl von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kitas führt auch dazu, dass Erzieher häufiger mit Eltern konfrontiert sind, die wenige oder keine Deutschkenntnisse haben. Um die Fachkräfte bei der Aufgabe der Elternarbeit zu unterstützen, wird der Ausbau und die Stärkung bestehender (ehrenamtlicher) Dolmetscher-Angebote oder der Aufbau eines landkreisweiten Dolmetscher-Pools empfohlen. Insbesondere bezüglich osteuropäischer Sprachen besteht Bedarf.

Trotz der gestiegenen Anzahl von Kindern mit Migrationhintergrund in den Kitas ist anzunehmen, dass diese im Vergleich zu Kindern ohne Migrationshintergrund seltener eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen. Dies ist zumindest bayernweit der Fall; die Betreuungsquote liegt hier bei 0 bis 3- bzw. 3- bis 6-jährigen Kinder ohne Migrationshintergrund bei 32% bzw. 98% und bei gleichaltrigen Kindern mit Migrationshintergrund bei 19% bzw. 83%. Um genauere Aussagen über die Situation im Landkreis treffen zu können, können die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung herangezogen werden. Bei dieser Untersuchung wird auf freiwilliger Auskunft der Eltern basierend sowohl die Staatsangehörigkeit, die Muttersprache der Eltern und die zu Hause gesprochene Sprache abgefragt, als auch, ob ein Kind eine Kindertageseinrichtung besucht hat. Somit können Rückschlüsse gezogen werden, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund eines Jahrgangs eine Kinderbetreuungseinrichtung besucht haben. Eine Auswertung dieser Daten erfolgt nur auf Landesebene, wurde vom Landratsamt für den Landkreis aber angefragt. Die Daten lagen zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Berichts jedoch noch nicht vor.

Sie sollten zusammen von Gesundheits-, Jugend- und Schulamt analysiert werden. Je nach Ergebnissen sind weitere Schritte denkbar, wie die Erfassung, warum bestehende Betreuungsangebote von manchen Familien mit Migrationshintergrund nicht in Anspruch genommen werden. Auf diesem Weg wären Ansatzpunkte zu finden, wie diese Familien bzw. die Kinder an eine Betreuung herangeführt werden können.

Wichtig wäre das vor allem für die Kinder, die einen Sprachförderbedarf haben, da diesem in einer Kita durch verschiedene Maßnahmen, z.B. dem Vorkurs Deutsch, Rechnung getragen wird. Zwar wird im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung bzw. dem neukonzipierten Gesundheits- und Entwicklungscreening im Alter von 4 bis 5 Jahren vom Gesundheitsamt ein vorliegender Förderbedarf festgestellt, aber aufgrund des Datenschutzes an keine andere Stelle weitergegeben. Die Eltern sind für die weitere Veranlassung selbst verantwortlich, sie können für ihr Kind z.B. die Teilnahme am schulischen Anteil des Vorkurses Deutsch beantragen, was auch vereinzelt erfolgt. Erleichterung würde an dieser Stelle eine Koordinationsstelle verschaffen, an die bei Zustimmung der Erziehungsberechtigten der festgestellte Förderbedarf gemeldet wird und von der weitere Schritte ausgehen können. Hilfreich wäre zudem eine Regelung zwischen Gesundheits- und Schulamt zur Weitergabe der Ergebnisse bzgl. eines festgestellten Förderbedarfs, die sich aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen auf Ebene des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus noch im Klärungsprozess befindet.

Schulische Bildung

Der Anteil von Schulanfängern mit Migrationshintergrund ist von 11% im Schuljahr 2007/2008 auf 25,6% im Schuljahr 2017/2018 angestiegen.

Betrachtet man die verschiedenen Schularten, war der Anteil der ausländischen Schüler im Schuljahr 2017/2018 auf dem Gymnasium am niedrigsten (5%) und auf der Mittelschule am höchsten (27%). Letzteres kann auf die Übertrittsquote nach der vierten Jahrgangsstufe zurückgeführt werden. Diese unterliegt zwar starken Schwankungen, es fällt aber dennoch auf, dass ausländische Schüler deutlich häufiger nach der vierten Jahrgangsstufe auf die Mittelschule wechseln als deutsche Schüler: Im Schuljahr 2015/2016 traf dies bei 60,8% der ausländischen Schüler zu, doppelt so häufig wie bei deutschen Schülern (30%). Dieser Sachverhalt sollte, auch in Bezug auf die zugrundeliegenden Ursachen, genauer analysiert werden. Hierbei ist es u.a. erforderlich, die Übertrittsempfehlungen in Erfahrung zu bringen, die in der vierten Jahrgangsstufe von den Grundschullehrern ausgesprochen werden. Diese können von den tatsächlichen Übertritten abweichen.

In Bezug auf die Sprachförderung von neuzugewanderten Kindern gibt es zum Schuljahr 2018/2019 einige Änderungen. Die speziell für neuzugewanderte Kinder, die keine bzw. sehr geringe Deutschkenntnisse haben, eingerichteten Klassen (vormals „Übergangsklassen“, jetzt „Deutschklassen“) sind nun auf den ganzen Tag ausgerichtet. Weitere Maßnahmen der Deutschförderung in den Grund- und Mittelschulen können entweder ergänzend oder innerhalb des Pflichtunterrichts erfolgen. Der Bedarf an Deutschförderung besteht jedoch auch nach der Schule.

So berichten viele Fachkräfte, dass neuzugewanderte Familien häufig eine Nachmittagsbetreuung für ihr Kind in Anspruch nehmen oder nehmen würden, weil das Kind Unterstützung bei der Erledigung der Hausaufgaben benötigt. Da der Bildungskoordination derzeit keine genauen Informationen dazu vorliegen, wie viele Kinder tatsächlich eine Betreuung benötigen – grundsätzlich und aufgrund des Sprachförderbedarfs – ist dies ein Aspekt, der auch unter Beteiligung des Bildungsmonitoring genauer untersucht werden sollte. Auch eine Analyse der nachschulischen Betreuung, der dort vorhandenen Angebote der Sprachförderung und der vorliegenden Bedarfe ist zu empfehlen. Eine Erhebung zu fünf Bildungsthemen, die durch das MINT-Management des Landkreises München und Dachau in Kooperation mit der Bildungskoordination für Neuzugewanderte an Kitas, Schulen und weiteren Bildungseinrichtun-

gen geplant ist, bietet hierfür die erste Grundlage. Darauf aufbauend kann eine Weiterentwicklung der professionellen Angebote erfolgen, z.B. durch entsprechende Fortbildungen des Personals oder durch eine Unterstützung der ehrenamtlichen Angebote, wie die Vermittlung geeigneter Kräfte an Schulen.

Angesichts der gestiegenen Anzahl von neuzugewanderten Kindern, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf vorliegt oder vermutet wird, ist eine bessere Vernetzung zwischen Schulamt und dem Amt für Jugend und Familie hilfreich und auch geplant. Die Beschulung dieser Kinder in den Grund- und Mittelschulen stellt für die Lehrer eine große Herausforderung dar. Diese verfügen nicht immer über eine entsprechende Ausbildung in Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache, können sich bei Fragen aber an die Fachberatung Migration wenden, die auch Fortbildungen im Landkreis anbietet.

Die Lehrer sind damit konfrontiert, dass neuzugewanderte Kinder ganz unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen. So werden in den Übergangs- bzw. Deutschklassen auch Kinder beschult, die sich für die Realschule oder das Gymnasium eignen, aber noch nicht ausreichend Deutsch sprechen. Um den Übergang für diese Kinder in höhere Schularten zu erleichtern, ist eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Schularten wünschenswert. Als Handlungsempfehlung wäre hier beispielsweise ein regelmäßiger Schulleiterdialog zu nennen, der sich neben dem Übergang von neuzugewanderten Kindern auch anderen Themen widmen könnte.

Flüchtlings- und Asylbewerberzahlen an der Staatlichen Berufsschule Dachau

Die im Rahmen der hohen Zuwanderungszahlen eingerichteten Klassen für Asylbewerber und Flüchtlinge an der Staatlichen Berufsschule Dachau sind von einer Klasse im Schuljahr 2013/2014 auf 11 Klassen im Schuljahr 2016/2017 (davon 8 BIK-V, 4 BIK) angestiegen. Seit dem Schuljahr 2016/2017 gehen die Zuwanderungszahlen zurück und dementsprechend auch die Anzahl dieser Klassen. Im Schuljahr 2018/2019 konnte auch Berufsschulberechtigten bis zu 25 Jahren ein Platz angeboten werden. Nichtsdestotrotz stellt die Erfassung der Berufsschulpflichtigen nach wie vor eine Herausforderung dar und ist mit einem hohen Verwaltungsaufwand für die Berufsschule verbunden. Das aktuelle Verfahren gewährleistet nicht zu 100%, dass tatsächlich alle Personen im berufsschulpflichtigen Alter erfasst bzw. nicht mehrmals angeschrieben werden.

Im Rahmen des Beschulungsangebots für Asylbewerber und Flüchtlinge liegt der Fokus im ersten Jahr (BIK-V) auf dem Erlernen der deutschen Sprache sowie auf Mathematik und Lebenskunde und wird im zweiten Jahr (BIK) durch Praktika und Berufsorientierung ergänzt. Das Ziel der Berufsintegrationsklassen ist es, die jungen Erwachsenen auf eine Ausbildung (oder eine weiterführende Schule) vorzubereiten. Dies stellt – je nachdem welchen Bildungsstand und welche Lernerfahrungen sie mitbringen – eine große Herausforderung dar. Die Vermittlungsangaben des bfz, als Kooperationspartner u.a. für die sozialpädagogische Betreuung der BIK-Klassen zuständig, geben Aufschluss darüber, welche Perspektiven die 43 betreuten Schüler der BIK-Klassen am letzten Schultag des Schuljahres 2017/2018 genannt haben: 1 Schüler gab an, eine weiterführende Schule zu besuchen, 18 eine (schulische oder duale) Berufsausbildung anzutreten, 8 eine (sozialversicherungspflichtige oder geringfügige) Beschäftigung aufzunehmen, 6 machten weitere Angaben (Sprachkurs oder aus gesundheitlichen Gründen momentan nicht ausbildungsfähig) und 9 Schüler hatten zum Befragungszeitpunkt noch keine Perspektive nach der BIK-Klasse.

Berufliche Ausbildung

Insgesamt ist im Landkreis ein Anstieg an Neuverträgen an Ausbildungsstellen zu verzeichnen. Mit Beginn September 2018 haben 237 junge Erwachsene eine Ausbildung in IHK-Berufen angetreten, darunter 23 Auszubildende aus fluchtwahrscheinlichen Herkunftsländern.

Nach Angaben der Handwerkskammer (HWK) für München und Oberbayern standen bis 30. Juni

2018 im Landkreis insgesamt 362 Lehrlinge in einem aktiven Ausbildungsverhältnis, davon 293 aus Deutschland, 32 aus sogenannten Flüchtlingsstaaten und 37 Personen aus dem übrigen Ausland. Insgesamt wurden zwischen dem 01.01.2017 und dem 30.06.2018 417 Lehrverträge in Handwerksberufen neu abgeschlossen.

Dennoch blieben zum Stand September 2018 insgesamt 232 Ausbildungsstellen im Landkreis unbesetzt.

Betrachtet man die Vertragslösungsquote von Azubis aus fluchtwahrscheinlichen Ländern, so lag diese in Oberbayern für das Jahr 2017 der IHK und HWK zufolge bei etwa 25 Prozent. Dies entspricht der generellen Vertragsauflösungsquote aus dem Jahr 2016. Hier gilt es jedoch zu beachten, dass Vertragslösungen nicht automatisch einen Abbruch der Ausbildung bedeuten, da auch Betriebs- oder Berufswechsel innerhalb des dualen Systems dazu zählen.

Gründe für Auflösungen und Abbrüche sind unterschiedlich; eine Konzentration auf ein bestimmtes Abbruchmerkmal ist generell nicht festzustellen. Unzureichende Deutsch-, wie auch fehlende Basiskenntnisse in anderen Fächern, der wirtschaftliche Druck, schneller Geld zu verdienen, eine psychische Belastung / Traumatisierung oder auch die falsche Berufswahl spielen eine Rolle. Um einen Ausbildungsabbruch zu verhindern, gibt es verschiedene Unterstützungsmaßnahmen für Auszubildende im Allgemeinen und für Auszubildende mit Fluchthintergrund im Speziellen sowie für Unternehmen, die Azubis mit Fluchthintergrund beschäftigen (wollen). Diese Maßnahmen sind bei der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und den Kammern angesiedelt. Zudem engagieren sich auch viele Ehrenamtliche in diesem Handlungsfeld.

Dennoch besteht Handlungsbedarf, sowohl für BIK-Absolventen, die aufgrund fehlender Ausbildungsreife keine Ausbildung erhalten haben als auch für diejenigen, die sich in Ausbildung befinden, massive Schwierigkeiten haben oder von einem Ausbildungsabbruch bedroht sind. Die vorhandenen Fördermöglichkeiten sind in Bezug auf die Zugangsvoraussetzungen bei Geflüchteten vom jeweiligen Einzelfall abhängig, außerdem greifen sie z.T. erst spät und/oder sind nicht immer auf die jeweiligen Bedarfe zugeschnitten.

Ausgehend von einem Werkstatt-Treffen der Integrationsbeauftragten und der Bildungskoordination für Neuzugewanderte mit den relevanten Akteuren im Landkreis sollen nun Möglichkeiten für weitere Förder- und Unterstützungsmaßnahmen für Auszubildende entwickelt werden, wie z.B. ein Grundbildungskonzept. Weiter wurde darauf hingewiesen zu erörtern, welche Gründe tatsächlich dazu führen, dass ein Ausbildungsabbruch droht oder erfolgt ist, da nur mit diesem Wissen passende Hilfen erarbeitet werden können.

Arbeit und Wirtschaft

In Deutschland erfolgt Zuwanderung aktuell hauptsächlich aus dem europäischen Ausland und infolge von Flucht, wobei ersteres stärker ins Gewicht fällt.

Die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland zeigt eine Personallücke auf. Zum September 2018 sind im Landkreis Dachau 1.016 offene Stellen gemeldet, hinzu kommen 232 nicht besetzte Ausbildungsstellen. Dies bedeutet, dass der deutsche wie auch der Arbeitsmarkt im Landkreis Dachau vom Zuzug profitiert, da es zum einen durch die wirtschaftlich schwierige Situation in den Herkunftsländern möglich ist, Fachkräfte aus dem Ausland anzuziehen. Zum anderen kann die Wirtschaft das Potential der hier lebenden Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund nutzen. Im März 2018 betrug die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Herkunft 9.570 (22,7%). Bei der Betrachtung der Arbeitslosen im Zeitraum 2013 bis 2018 ist ein leichter Anstieg an arbeitslosen Ausländern zu verzeichnen, wobei der Anstieg der arbeitslosen Ausländer im Jahr 2016 auf die Spitze der fluchtbedingten Zuwanderung zurückgeführt werden kann. Bei der Betrachtung der Arbeitssuchenden im Zeitraum von 2013 bis 2017 fällt auf, dass sich der Anteil der Ausländer stetig erhöht hat, während

der Anteil der arbeitssuchenden Deutschen leicht zurückgegangen ist. Für Dezember 2017 waren 1.470 Personen mit ausländischem Pass arbeitssuchend. Davon sind die fünf häufigsten Herkunftsländer Griechenland, Türkei, Arabische Republik Syrien, Italien und Rumänien.

Neben der Möglichkeit, dem Fachkräftemangel mit dem Potential der ausländischen Mitbürger entgegenwirken zu können, stand und steht die Arbeitsmarktintegration auch vor Herausforderungen. Sprachliche Barrieren und kulturelle Unterschiede können den Arbeitsalltag erschweren und zum Teil auch zu Diskriminierung führen. Neben dem Erlernen der Sprache müssen noch andere Schwierigkeiten überwunden werden. Darüber hinaus sind die rechtlichen Rahmenbedingungen schwierig bzw. nicht transparent genug. Dies führt zu Verunsicherung sowohl für die ausländischen Arbeitnehmer als auch für die Arbeitgeber. Daher erfordert die gezielte Integration in Arbeit und Ausbildung die Kooperation und Verzahnung verschiedener relevanter regionaler Akteure. Eine wirkungsvolle Maßnahme für die erfolgreiche Integration ist das Entwickeln eines einheitlichen Beratungsansatzes auf einer gemeinsamen Informationsgrundlage. Darüber hinaus benötigt es auch Unterstützung bei der Feststellung und Anerkennung von Qualifikationen und bei der beruflichen Weiterbildung der ausländischen Fachkräfte und angehenden Arbeitskräfte.

Flüchtlinge, die nach dem Asylverfahren in Deutschland bleiben dürfen, können bei Hilfebedürftigkeit Arbeitslosengeld II durch das Jobcenter erhalten. Viele der in den letzten Jahren nach Dachau zugewanderten Personen konnten bislang von den verschiedenen Unterstützungssystemen zur beruflichen Integration profitieren. Die aktuelle Integrationsquote Flucht des Jobcenters liegt bei rund 30 Prozent. Dies belegt auch die hohe Motivation der Personengruppe, selbst Geld zu verdienen.

Sprachförderung von Erwachsenen - Deutschkurse

Es gibt verschiedene geförderte Sprachkurse im Landkreis, die hauptsächlich in der Stadt Dachau angeboten werden. Hieraus ergibt sich insbesondere für Kurse, bei denen die Fahrtkosten nicht übernommen werden, die Herausforderung, dass die Möglichkeit der Teilnahme für Personen aus ländlicheren Gebieten eingeschränkt ist. Eine Bezuschussung der Fahrtkosten beim Erstorientierungskurs wäre anzuraten, da dies in der Regel der einzige Kurs ist, der Personen mit unsicherer Bleibeperspektive offensteht. Er bietet Spracherwerb bis zum Level A2.

Personen aus sog. sicheren Herkunftsländern haben keinen Zugang zu geförderten Deutschkursen und sind auf ehrenamtliche Angebote angewiesen.

Alpha+ ist ein Kurs, der sich an Personen mit erheblichen Defiziten im Lesen oder Schreiben richtet. Er steht allen Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Bayern offen, nicht aber der Gruppe der Asylbewerber; bei Anerkannten erst nach zwei Jahren Aufenthalt in Deutschland. Die Nachfrage liegt allerdings noch unter dem vermuteten Bedarf. Aus diesem Grund wird nun ein neuer Ansatz verfolgt: Gespräche mit interessierten Kitas werden geführt, um einen Sprachkurs für Mütter bzw. Eltern in den Einrichtungen durchzuführen. Durch die Fachkräfte kann die Ansprache der Eltern erfolgen, zudem ist die Kinderbetreuung gewährleistet. Bewährt sich dieser Ansatz, sollte er intensiviert und auch auf andere Bereiche, z.B. Schulen, übertragen werden.

In Bezug auf den Integrationskurs als Regelangebot des BAMF muss erwähnt werden, dass das anvisierte Sprachniveau von B1 im letzten Jahr auf Bundesebene lediglich von 51,6% der Teilnehmer erreicht wurde. Knapp die Hälfte der Teilnehmer erlangte in der Prüfung somit ein Ergebnis, das unterhalb von B1 lag.

Hier ergibt sich eine Diskrepanz zu den Kursen der berufsbezogenen Deutschsprachförderung (DeuFö), die ebenfalls vom BAMF gefördert werden und deren Basismodule am erfolgreichen Absolvieren des Integrationskurses und somit an Sprachkenntnissen auf B1-Niveau ansetzen. Der Kurs richtet sich an Personen, die bei der Agentur für Arbeit ausbildungssuchend, arbeitssuchend oder arbeitslos gemeldet sind, Leistungen nach dem SGB II beziehen, eine sprachliche Qualifizierung im Rahmen der Berufs-

erkennung bzw. des Berufszugangs benötigen oder eine Ausbildung absolvieren. Durch sprachliche und fachliche Qualifizierung sollen die (berufsrelevanten) Deutschkenntnisse der Personen ausgebaut und dadurch ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt bzw. am Arbeitsplatz verbessert werden. Für Personen, die nach dem Integrationskurs kein B1 vorweisen können, gibt es Spezialmodule, die an A2- oder A1-Niveau ansetzen. Zudem gibt es auch Spezialmodule mit fachspezifischer Ausrichtung. Allerdings ist für die Durchführung sowohl der Basis- als auch der Spezialmodule eine Mindestteilnehmerzahl erforderlich. Es gibt im Landkreis Schwierigkeiten, diese Anzahl zu erreichen, da die potentiellen Teilnehmer im Sprachlevel als auch in der zeitlichen Verfügbarkeit übereinstimmen müssen, was insbesondere bei (Schicht-)Arbeitnehmern schwierig ist.

Durch das von der Bildungskoordination für Neuzugewanderte initiierte Netzwerk Sprache sind Austausch und Abstimmung unter den Anbietern von Sprachkursen im Landkreis zwar gegeben, jedoch fehlt für eine konkrete Steuerung und auf zukünftige Bedarfe ausgerichtete Planung der Sprachkursangebote (und weiterer Bildungsmaßnahmen) eine entsprechende Datengrundlage. Gewissen Herausforderungen und Bedarfen kann somit bislang nur punktuell begegnet werden, wie z.B. die angesprochenen (berufsbezogenen) Deutschkurse für Arbeitnehmer. Auch Frauen sind aufgrund der Betreuung kleiner Kinder zum Teil eingeschränkt, was die Teilnahme an regulären Sprachkursen betrifft. Bislang gibt es im Landkreis nur einen Integrationskurs für Frauen mit gleichzeitiger Kinderbetreuung. Eine weitere Herausforderung ist, dass derzeit alle geförderten Deutschkurse (Integrationskurs, berufsbezogener Deutschsprachkurs, Erstorientierungskurse, Alpha +) in der Stadt Dachau stattfinden. Je nach persönlicher Situation (Wohnort, Arbeitszeiten, ökonomische Verhältnisse) und Art des Kurses (Zugang, Kurszeiten, Übernahme der Kursgebühr und/oder Fahrtkosten oder nicht) kann es, wie bereits erwähnt, sein, dass vorhandene Kurse nicht wahrgenommen werden können.

Zur Verbesserung der Datenlage und Koordinierung der Sprachkursangebote ist die frühzeitige und zentrale Erfassung der Sprachkenntnisse und Bildungserfahrungen von neuzugewanderten Personen in einer sog. Clearing-Stelle ratsam. Auf diesem Weg könnten Bildungseinrichtungen die erforderlichen Daten erhalten, um das Angebot auf den tatsächlichen Bedarf auszurichten. Zwar erfolgt bereits eine Erfassung von Personen und ihren Sprachkenntnissen und/oder Kompetenzen an unterschiedlichen Stellen, jedoch fehlt ein Gesamtüberblick, insbesondere darüber, über welche Sprachkenntnisse die Neuzugewanderten zu Beginn oder auch im weiteren Verlauf verfügen.

Erwachsenenbildung

Die Angebote der allgemeinen Erwachsenenbildung, die im Landkreis vor allem durch die Volkshochschulen und kirchliche Erwachsenenbildungsträger angeboten werden, stehen in der Regel allen Personengruppen offen. Es gibt zudem auch spezielle Angebote für Personen mit Flucht- und Migrationshintergrund, die zum Teil auch in Kooperation mit Ehrenamtlichen erfolgen. Das Feld der Erwachsenenbildung bedarf noch der genaueren Betrachtung und Analyse der Bildungskoordination für Neuzugewanderte und des Bildungsmanagements.

Bei der Elternbildung als eine spezielle Form der Erwachsenenbildung haben sich – wie auch bei der Erwachsenenbildung generell – sehr niedrigschwellige Formate bewährt. Dies bindet jedoch oft größere personelle und zeitliche Ressourcen und erfordert bestenfalls die Mitwirkung von muttersprachlichen Multiplikatoren und/oder Dolmetschern. Als ein wichtiges Thema in diesem Handlungsfeld hat sich das deutsche Bildungs- und Schulsystem herausgestellt. Die Vermittlung von Informationen und Wissen findet bereits in kleinem Rahmen innerhalb verschiedener Angebote statt (z.B. im Frauen-Integrationskurs oder beim internationalen Frauen-Frühstück der Caritas). Derartige Angebote sollten zur Verbesserung der Orientierungsmöglichkeit für die Eltern durch die Bildungskoordination für Neuzugewanderte weiterentwickelt sowie ausgebaut werden, ggf. auch in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Ehrenamtliche Unterstützungs- und Bildungsangebote

Es gibt eine Vielzahl von ehrenamtlichen Angeboten im Bereich Integration, z.B. bei Kirchen, (Sport-) Vereinen, Schulen, Wohlfahrtsverbänden und in Form von selbst gegründeten Vereinen und Initiativen der Helferkreise. Auch Personen mit Migrations- oder Fluchthintergrund engagieren sich für die Integration, hier seien stellvertretend die Projekte „Integration mit Augenmaß“ und „Kulturdolmetscher“ genannt.

In Bezug auf die Helferkreise fand eine Erfassung ihrer Aktivitäten in den Bereichen Sprache, Schule sowie Ausbildung & Arbeit und von weiteren Handlungsfeldern statt. Auf die Abfrage per E-Mail antworteten 10 der insgesamt 16 Helferkreise im Landkreis. In diesen sind noch ca. 270 Helfer aktiv, wobei die Zahl seit 2016/2017 deutlich zurückgegangen ist. Der große zeitliche Umfang des Engagements und die mit der rechtlichen Situation der betreuten Asylbewerber einhergehenden persönlichen Belastung wurden hierbei als vorrangige Gründe angeführt.

Die Aktivitäten der Ehrenamtlichen sind je nach Situation in der Unterkunft (Anzahl, Alter und persönliche Situation der Bewohner, wie z.B. rechtliche Lage, Aufenthaltsdauer in Deutschland, Erwerbstätigkeit etc.) und (Anzahl) der Ehrenamtlichen unterschiedlich. Es werden nach wie vor Deutschkurse angeboten, aber deutlich weniger als in den Jahren 2015 und 2016, dafür wird verstärkt Einzelfallhilfe nach Bedarf geleistet. Diese findet auch im schulischen Kontext statt, insbesondere für Berufsschüler bzw. Auszubildende. Hier liegen die Schwerpunkte neben der Sprache auch auf der Unterstützung im Fachunterricht, insbesondere in Mathematik und bei der Prüfungs- und Referatsvorbereitung.

Im Bereich Ausbildung & Arbeit reicht die Unterstützung der Ehrenamtlichen von der Stellensuche und beim Bewerbungsprozess über die Hilfe bei Anträgen und Formularen bis zur Stabilisierung von Arbeitsverhältnissen durch Gespräche mit Arbeitgebern und Asylbewerbern oder auch Gruppenangeboten für Azubis.

Die Abfrage der weiteren Aktivitäten der Helferkreise ergab, dass fast in allen Lebensbereichen Unterstützung angeboten wird, insbesondere in Form von Hilfe bei Behördenangelegenheiten, Fahrdiensten, Sammlung und Ausgabe von Sachspenden, Organisation von Freizeitaktivitäten und Ausflügen sowie Begleitung bei Arztbesuchen, in der Schwangerschaft und bei psychischen Problemen.

Aus den aufgezeigten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Rückmeldungen der Ehrenamtlichen lassen sich aus Sicht der Bildungskoordination drei Dinge ableiten:

Erstens: Ehrenamtliche benötigen Entlastung, da sie Asylbewerber oftmals über einen langen Zeitraum persönlich betreuen und dabei zum Teil Aufgaben von professionellen Diensten übernehmen. Zweitens: Aus den Handlungsfeldern der Ehrenamtlichen ergeben sich mögliche Ansatzpunkte und Themen für die Erwachsenenbildung mit Geflüchteten, z.B. Anforderungen des alltäglichen Lebens wie Behördenangelegenheiten, das deutsche Rechtssystem und digitales Lernen. Hier gilt es zu erörtern, inwiefern ehrenamtliche Angebote unterstützt bzw. koordiniert sowie durch professionelle Angebote ergänzt werden können. Drittens: Handlungsbedarf besteht laut Rückmeldungen der Ehrenamtlichen insbesondere in Bezug auf Auszubildende. Neben den bereits genannten Handlungsempfehlungen sei noch eine weitere aufgeführt: offene Lernwerkstätten könnten sowohl theoretische als auch praktische Unterstützung bieten, sofern weitere ehrenamtliche (Handwerker) dazu gewonnen werden und die Finanzierung geklärt wird.

WEITERE VORGEHENSWEISE

Der vorliegende Bericht entstand im Rahmen des Projektes „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ und in enger Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten und Verantwortlichen für das Projekt „Interkommunale Vernetzungsplattform für die Integration von Migranten“. Der Bericht zeigt sowohl die Ist-Situation in den verschiedenen Bildungsbereichen auf, als auch Herausforderungen und Handlungsempfehlungen aus Sicht der Verfasserinnen. Im Folgenden soll kurz skizziert werden, wie mit diesen Ergebnissen weiter vorgegangen werden kann. Dabei ist es sinnvoll aufzuzeigen welche Schritte der Landkreis in Bezug auf die Bildungsthematik plant bzw. bereits unternommen hat:

Der Landkreis hat für das Projekt „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ einen Verlängerungsantrag gestellt sowie je eine Stelle für Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring im Rahmen des Förderprogramms „Bildung integriert“ beantragt. Mit dem datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement soll voraussichtlich im 1. Quartal 2019 begonnen werden. Dafür soll eine Steuerungsgruppe eingerichtet werden, die Akteure aus Bildung, Wirtschaft, Politik und Verwaltung umfasst. Aufgabe dieser Steuerungsgruppe wird es sein, die strategische Ausrichtung für das Projekt und somit für die gesamte Bildungslandschaft (inklusive Neuzugewanderte) festzulegen. Auf Basis der bereits bestehenden Ergebnisse aus der Bildungskonferenz sowie einer Bestands- und Bedarfsanalyse sollen themenspezifische Arbeitskreise und Vernetzungen durch das Bildungsmanagement eingerichtet werden. Die Ergebnisse des vorliegenden Berichts sollen hier ebenfalls einfließen; generell ist eine enge Zusammenarbeit dieser neu einzurichtenden mit den bereits vorhandenen Stellen vorgesehen.

Für die weitere Vorgehensweise sind grundsätzlich zwei Möglichkeiten denkbar:

- das Einrichten eines gemeinsamen Arbeitskreises zu einem Handlungsfeld (z.B. frühkindliche Bildung), in dem allgemeine Bedarfe und die speziellen Herausforderungen in Bezug auf Neuzugewanderte zusammen bearbeitet werden
- das Einrichten von separaten Arbeitskreisen zu einem Handlungsfeld, um die allgemeinen Bedarfe getrennt von den spezifischen Bedarfen Neuzugewanderter zu bearbeiten

Für die erste Lösung spricht, dass durch das Einrichten eines Arbeitskreises personelle und zeitliche Kapazitäten eingespart werden können. Diese Variante ist beispielsweise aufgrund der angespannten Personalsituation für das Handlungsfeld „frühkindliche Bildung und Betreuung“ zu empfehlen, zumal es auch keine regelmäßige Vernetzung von Kita-Kräften auf Landkreisebene gibt und auf diesem Weg auch andere Anliegen bearbeitet werden können. Auch im Rahmen des empfohlenen Schulleiterdialogs könnten sowohl allgemeine als auch spezielle Herausforderungen in Bezug auf Neuzugewanderte besprochen werden.

Die zweite Variante hat den Vorteil, dass eine getrennte Bearbeitung den zum Teil speziellen Herausforderungen Neuzugewanderter innerhalb eines Bildungsbereichs besser gerecht werden kann. Zudem kann auch die Mitwirkung weiterer Fachstellen erforderlich sein, wie z.B. Ausländeramt, Migrations- und Flüchtlingsberatung, etc. Diese Vorgehensweise ist aus Sicht der Verfasserinnen zum Beispiel für das Handlungsfeld Berufsausbildung zielführend, da bei den ausländischen bzw. neuzugewanderten Berufsschülern spezifische Herausforderungen vorliegen. Mit dem bereits erwähnten Werkstatt-Treffen der Bildungskoordination für Neuzugewanderte und der Integrationsbeauftragten wurde hier der erste Grundstein gelegt. An dem Punkt Übergang in Ausbildung und Arbeit setzen auch die Jugendberufsagentur und die damit einhergehende intensivere Zusammenarbeit von Jugendamt, Jobcenter und Agentur für Arbeit an.

Außerdem gibt es Handlungsfelder, die erst durch eine verstärkte Zuwanderung entstehen bzw. entstanden sind, wie beispielsweise das Thema Sprachkurse. Hier wurde durch die Bildungskoordination ein eigenes „Netzwerk Sprache“ ins Leben gerufen, das es auch in der zweiten Förderphase weiterzuführen gilt.

Der Bericht stellt außerdem eine Grundlage für zukünftige Bildungsberichterstattungen dar, die im Rahmen des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements erfolgen sollen. In den vorliegenden Ausführungen wurden Perspektiven aufgezeigt, in welchen Handlungsfeldern die Erfassung weiterer Daten bzw. eine genauere Analyse von Teilaspekten zielführend ist.

Um Doppelstrukturen zu vermeiden, sollte im Rahmen der zukünftigen Bildungsberichte eine Abstimmung der Inhalte und Indikatoren mit dem bereits im Landkreis vorhandenen Berichtswesen erfolgen. Es handelt sich hierbei um die „Sozialraumanalyse für den Landkreis Dachau unter besonderer Berücksichtigung jugendhilferelevanter Fragestellung“ (Fachstelle Kommunale Jugendarbeit des Landratsamts) und den „Armutsbericht für den Landkreis Dachau“ (Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V. – Caritas-Zentrum Dachau).

QUELLENVERZEICHNIS

- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2017). Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2017 (bundesweit). Abrufbar unter https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Integration/2017/2017-integrationskursgeschaeftsstatistik-gesamt_bund.html?nn=1694492 letzter Zugriff 14.09.2018
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2018a). FAQ: Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen. Abrufbar unter <http://www.bamf.de/DE/Infothek/FragenAntworten/ZugangArbeitFluechtlinge/zugang-arbeit-fluechtlinge-node.html> letzter Zugriff 05.10.2018
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2018b). Abschlussbericht „Regionale Koordinierung der Integrationsförderung“. Abrufbar unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Presse/20180725-by-pilot-abschlussbericht.pdf?__blob=publicationFile letzter Zugriff 24.09.2018
- Bayerisches Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2018). Landkreise: Stichtag 1. März 2017. Kinder in Kindertagespflege und Kinder in Kindertageseinrichtungen. Abrufbar unter https://www.statistik.bayern.de/presse/archiv/2018/27_2018.php letzter Zugriff am 14.09.2018
- Bekanntmachung des StMAS – Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration über die Richtlinie zur Förderung der Bildung, Erziehung und Betreuung von Asylbewerber- und Flüchtlingskindern in Kindertageseinrichtungen und Großtagespflege vom 26. Juli 2017
- BMBF- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2018a). Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist.“ Abrufbar unter <https://sprach-kitas.fruehe-chancen.de/programm/ueber-das-programm/> etzter Zugriff 14.09.2018
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2018b). Berufsbildungsbericht 2018. Abrufbar unter https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2018.pdf letzter Zugriff 28.09.2018
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2018). Familienbildung und Familienberatung. Abrufbar unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/familienbildung-und-familienberatung/73492> letzter Zugriff 14.09.2018
- Deutscher Bildungsrat (Hrsg.) (1970): Empfehlungen der Bildungskommission. Strukturplan für das Bildungswesen. Bonn.
- GIZ – Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (Hrsg.) (2018). Definitionen. Abrufbar unter <https://www.giz.de/fachexpertise/html/11954.html> letzter Zugriff 14.09.2018
- ISB - Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (Hrsg.) (2018). Schuldaten der Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern. Abrufbar unter http://www.kis.isb.bayern.de/fileadmin/user_upload/kis/html/index_174.html letzter Zugriff 14.09.2018

- Kommission für Statistik der Kultusminister Konferenz (Hrsg.) (2011).
Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2011. Abrufbar unter <https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Defkat2011.pdf>
letzter Zugriff 14.09.2018
- LGL – Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Hrsg.) (2018a).
Die Schuleingangsuntersuchung in Bayern. Abrufbar unter <https://www.lgl.bayern.de/gesundheit/praevention/kindergesundheit/schuleingangsuntersuchung/index.htm>
letzter Zugriff 14.09.2018
- LGL – Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicher (Hrsg.) (2018b).
Das Gesundheits- und Entwicklungsscreening im Kindergartenalter (GESiK). Abrufbar unter <https://www.lgl.bayern.de/gesundheit/praevention/kindergesundheit/gesik/index.htm>
letzter Zugriff 14.09.2018
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2014). Zensus 2011.
Bevölkerung nach Staatsangehörigkeiten. Abrufbar unter https://ergebnisse.zensus2011.de/#StaticContent:09174,BEG_1_3_0,m,table,
letzter Zugriff 14.09.2018
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.).
Kommunale Bildungsdatenbank – BY-D07.1i. Schülerinnen- und Schüleranzahl nach Schulart an allgemeinbildenden Schulen. Abrufbar unter <https://www.bildungsmonitoring.de/bildung/online/data;jsessionid=8055AC05CEDE7149DC47C24C0C5CF10E?operation=abruftabelleAbrufen&cselecionname=BY-D07.1i&levelindex=0&levelid=1538906946209&index=3>
letzter Zugriff am 14.09.2018
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017).
Fachserie 1, Reihe 2.2 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus. Abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220157004.pdf?__blob=publicationFile, letzter Zugriff 14.09.2018
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2018).
Betreuungsquote von Kindern unter 6 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund.
Abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Kindertagesbetreuung/Tabellen/Tabellen_BetreuungsquoteMigrationshintergrund.html
letzter Zugriff 14.09.2018
- StMAS – Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Hrsg.) (2015).
Asylbewerberkinder und ihre Familien in Kindertageseinrichtungen. Abrufbar unter https://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/kinderbetreuung/150312_asylhandreichung_kita.pdf,
letzter Zugriff 14.09.2018
- StMAS – Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Hrsg.) (2016).
Vorkurs Deutsch 240 in Bayern. Eine Handreichung für die Praxis. Modul A – Rechtliche und curriculare Grundlagen. Abrufbar unter <https://www.km.bayern.de/epaper/VorkursDeutschModulA/files/assets/basic-html/page-1.html>
letzter Zugriff 14.09.2018
- StMUK – Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus (Hrsg.) (2018).
Willkommen beim Modellprojekt „Perspektive Beruf für Asylbewerber und Flüchtlinge“ der Stiftung Bildungspakt Bayern. Abrufbar unter <https://perspektive-beruf-bayern.de/>
letzter Zugriff 14.09.2018



www.landkreis-dachau.de